

Integrationsbericht 2008

Vorwort

Mit dem Integrationsbericht 2008 legt das Einwohner- und Integrationsamt seinen fünften jährlichen Bericht zum Stand der Umsetzung des im Februar 2004 beschlossenen Integrationskonzeptes vor.



2008 war das erste Jahr nach der Unterzeichnung der Integrationsvereinbarung mit 9 Wiesbadener islamischen Gemeinden und daher auch stark geprägt durch die Umsetzung dieser Vereinbarung. Dass in diesem nicht einfachen Feld der Integration bereits mit der Umsetzung vieler Punkte der Vereinbarung gemeinsam mit den islamischen Gemeinden begonnen wurde, ist von nicht zu unterschätzender integrationspolitischer Bedeutung.

Ganz besonders freut mich, dass uns im Zuge der Bemühungen um die Beschäftigung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern mit interkultureller Kompetenz die Einstellung zwei muslimischer Mitarbeiterinnen für den Schalterdienst im Bürgerbüro gelungen ist, die ihre interkulturellen und migrationsbezogenen Erfahrungen und Kompetenzen in das Team einbringen können.

Eine Mitarbeiterin trägt aus religiösen Gründen auch während der Arbeit im Bürgerbüro ein Kopftuch, was uns vereinzelt auch Kritik von Kunden einbringt, die sich daran stören. Wir haben uns aber ganz bewusst dafür entschieden, das Tragen des Kopftuches auch während der Arbeit zuzulassen. Unserer Auffassung nach soll sich die Realität der multireligiösen Zusammensetzung unserer Gesellschaft auch in der Zusammensetzung der Belegschaft einer so zentralen und hoch frequentierten öffentlichen Einrichtung ein Stück weit abbilden. Außerdem hat diese Entscheidung nicht nur für die betroffenen muslimischen Beschäftigten, sondern auch für alle anderen muslimischen Mitbürgerinnen und Mitbürger eine positive identitätsstiftende Wirkung.

Die ersten Monate der Umsetzung der Integrationsvereinbarung haben aber auch bestätigt, dass die Standpunkte von islamischen Gemeinden und Stadt nicht immer so ohne weiteres vereinbar sind. Die Stadt hat, so glaube ich, gerade auch im Zusammenhang mit dem Auftritt eines fragwürdigen salafistischen Predigers in einer Wiesbadener Moschee deutlich gezeigt, dass sie die in der Integrationsvereinbarung festgehaltenen Regelungen ernst meint und erforderlichenfalls auch kritische Worte gegenüber den Vertragspartnern findet.

Es war beeindruckend festzustellen, dass auch diese durchaus kritischen Gespräche mit den islamischen Gemeinden in einer konstruktiven und vertrauensvollen Atmosphäre geführt werden konnten.

Am 01.09.2008 verlieh Oberbürgermeister Dr. Helmut Müller im Rahmen der Eröffnungsfeier zur "Interkulturellen Woche" den zum zweiten Mal ausgelobten Integrationspreis der Landeshauptstadt Wiesbaden an das multimediale Kulturprojekt „Zeit zu bleiben“. Dieses Projekt dokumentiert die 50 jährige Geschichte der Migration im Stadtteil Biebrich. 80 Personen mit unterschiedlichem kulturellen Hintergrund haben sich an den Workshops und Veranstaltungen beteiligt und Grundlagen erarbeitet, aus dem eine Struktur für das Theaterprojekt entstanden ist.

Die Premiere des Theaterstücks fand am 22. Mai 2008 statt. 70 Menschen jeden Alters und vieler Kulturen erzählten aus der Perspektive von Arbeitnehmern und Arbeitgebern, nachgezogenen Familienangehörigen sowie Jugendlichen, die hier geboren sind, von Erlebnissen, Träumen und Enttäuschungen, die wir alle kennen und die das Leben immer wieder lebenswert machen.

Es freut mich ganz besonders, dass der Preis dieses mal an Kulturschaffende verliehen wurde, die immer wieder wichtige Beiträge zur Integration leisten, oft aber etwas im Schatten von Programmen und Maßnahmen wie Sprachkursen, Elternbildung und anderen Dingen stehen.

Wie im vergangenen Jahr möchte ich an dieser Stelle dem Einwohner- und Integrationsamt, allen anderen städtischen Ämtern und Organisationseinheiten, dem Ausländerbeirat sowie allen an der Integrationsarbeit Mitwirkenden für ihre Arbeit und ihr Engagement danken.

Birgit Zeimetz
Stadträtin
Dezernentin für Bürgerangelegenheiten und Integration

Inhalt

	Seite
1	Zu diesem Bericht 1
2	Stand der Integration 2
2.1	Wiesbadener Monitoringsystem zur Integration 2
2.2	Ergebnisse 2008 3
3	Integrationskurse nach dem Zuwanderungsgesetz 15
3.1	Zahlen und Fakten zu den Integrationskursen 15
3.2	Zielgruppen, Struktur, Dauer und Inhalt des Integrationskurses 20
4	Einbürgerungen 23
4.1	Der Einbürgerungstest - ein weiterer Schritt der Umsetzung des neuen Staatsangehörigkeitsrechts 23
4.2	Zahlen und Fakten 24
4.3	Einbürgerungsfeiern 24
5	Sachstand zu den Handlungsfeldern 27
5.1	Sprachkompetenz 27
5.2	Bildung 31
5.3	Teilhabe am Arbeitsmarkt 37
5.4	Wohnen und Zusammenleben im Stadtteil 41
5.5	Gesundheitsversorgung, Pflege und Beratung 46
5.6	Integrationskompetenz der Verwaltung 55
6	Schlüsselprojekte 58
6.1	Wiesbadener Lotsen 58
6.2	Integrationsvereinbarung mit islamischen Gemeinden und deren Umsetzung 63
7	Wiesbadener Integrationspreis 69
8	Interkulturelles Frauennetzwerk 71

1 Zu diesem Bericht

Auf Basis des im Februar 2004 beschlossenen Integrationskonzeptes für die Landeshauptstadt Wiesbaden wird hiermit der fünfte Integrationsbericht vorgelegt. Wesentlicher Bestandteil dieses Berichtes sind Aussagen zum Fortgang der Umsetzung der im Integrationskonzept beschlossenen sechs Handlungsfelder.

Wie bereits in den vorangegangenen Integrationsberichten wird für die einzelnen Handlungsfelder jeweils systematisch berichtet zu

- Steuerung und Vernetzung,
- den konkreten Projekten und
- den weiteren Planungen.

Einige Projekte aus 2008 nehmen in der Integrationsarbeit eine Schlüsselstellung ein und werden daher etwas umfassender dargestellt.

Ein weiterer Bestandteil des Integrationskonzeptes und damit dieses Berichtes sind Aussagen zu Stand und Wirkungen der Integration und zu Veränderungen von Kontextbedingungen der Integrationspolitik. Basis hierfür sind die aktuellen Daten des Wiesbadener Monitoringsystems - ein Produkt des Amtes für Wahlen, Statistik und Stadtforschung - anhand derer die Entwicklungen der Integration in den verschiedenen Dimensionen aufgezeigt wird.

2 Stand der Integration

2.1 Wiesbadener Monitoringsystem zur Integration

Monitoringsystem als Element der Wiesbadener Integrationsberichterstattung

Das Monitoring zur Integration von Migranten in Wiesbaden ist Bestandteil des Integrationskonzeptes der Landeshauptstadt Wiesbaden, das von der Stadtverordnetenversammlung mit Beschluss Nr. 0046 am 12. Februar 2004 verabschiedet wurde.

Es verfolgt das Ziel, den Stand des Integrationsprozesses und seine Entwicklung regelmäßig aufzuzeigen und zu interpretieren. Es soll erkennen lassen, wo Integration erfolgreich verlaufen ist und in welchen Bereichen (noch) Defizite bestehen. Das Integrationsmonitoring erfüllt primär die Aufgaben der Sensibilisierung und der Frühwarnung, es nimmt darüber hinaus auch eine strategische Controllingfunktion wahr.

Fortschreibung im sechsten Jahr

Mit dem vorliegenden "Bericht 2009" wird die Dokumentation nunmehr im sechsten Jahr fortgesetzt.

Leitlinien und Handlungsziele des Integrationskonzeptes von 2004 waren auf einen Zeitraum von fünf Jahren ausgelegt. Dies bietet für das vorliegende Monitoring den Anlass, nicht nur kurzfristige Veränderungen zu dokumentieren, sondern in der Rückschau der vergangenen fünf Jahre auch mittelfristige Entwicklungen aufzuzeigen und zu bewerten. Letztlich können hieraus auch Hinweise auf mögliche Schwerpunktsetzungen in der Integrationsarbeit der nächsten Jahre abgeleitet werden.

Nicht alles kann auf kommunaler Ebene gesteuert werden

Bei der Interpretation der Kennzahlen ist zu beachten, dass sich nicht nur die Effekte der Wiesbadener Integrationsarbeit widerspiegeln, sondern auch gesamtgesellschaftliche Entwicklungen, die sich einer Steuerung auf kommunaler Ebene entziehen.

Wiesbadener Verständnis von Integration

Die Wiesbadener Kommunalpolitik versteht unter Integration „den dauerhaften Prozess der Eingliederung von Zuwanderern und Menschen mit Migrationshintergrund in die Aufnahmegesellschaft sowie die Angleichung ihrer Lebenslagen ohne Aufgabe der jeweils eigenen kulturellen Identität“ (Integrationskonzept 2004).

Dimensionen des Integrationsprozesses

Sie gliedert den Integrationsprozess in vier Dimensionen:

- Strukturelle Integration
(= Eingliederung der Migranten in Kerninstitutionen der Aufnahmegesellschaft)
- Kulturelle Integration
(= Spracherwerb und Wertvorstellungen)
- Soziale Integration
(= Eingliederung in private Sphären der Aufnahmegesellschaft) sowie
- Identifikatorische Integration
(= Zugehörigkeitsgefühl).

24 Indikatoren zur Messung von Integration

Das Monitoringsystem greift diese Definition und Gliederung auf und bildet insgesamt 24 Kennzahlen zur Beschreibung des Integrationsprozesses. Aktuell hat die Integration der Migrantinnen und Migranten in Wiesbaden folgenden Stand erreicht:

2.2 Ergebnisse 2008

Strukturelle Integration

Rechtliche Integration weit vorangeschritten

Mittlerweile verfügen mehr als zwei Drittel der in Wiesbaden lebenden Ausländerinnen und Ausländer über einen unbefristeten Aufenthaltstitel oder besitzen eine Staatsangehörigkeit der Europäischen Union, die ihnen Freizügigkeit und ein sicheres Aufenthaltsrecht verschafft. Der Anstieg in den Jahren 2004 und 2007 ist auf die Erweiterung der EU um zehn bzw. zwei neue Mitgliedsstaaten zurückzuführen. Gut die Hälfte der Aus-

länderinnen und Ausländer in Wiesbaden würde sogar die rechtlichen Voraussetzungen für eine Einbürgerung erfüllen.

Kindergartenbesuch

Der Anteil der Kinder mit Migrationshintergrund, die eine Elementar Einrichtung mindestens 18 Monate besucht haben, ist - auf hohem Niveau - 2008 leicht gesunken. Hier hat sich der Abstand zu einheimischen Kindern wieder etwas vergrößert, nachdem er ein Jahr zuvor schon auf einen erfreulich niedrigen Wert gesunken war. Im 5-Jahres-Vergleich fällt die Bilanz schwach positiv aus. Die weitere Entwicklung darf mit Spannung erwartet werden, denn ein ausreichend langer Kindergartenbesuch erleichtert erfahrungsgemäß den Einstieg ins Schulsystem.

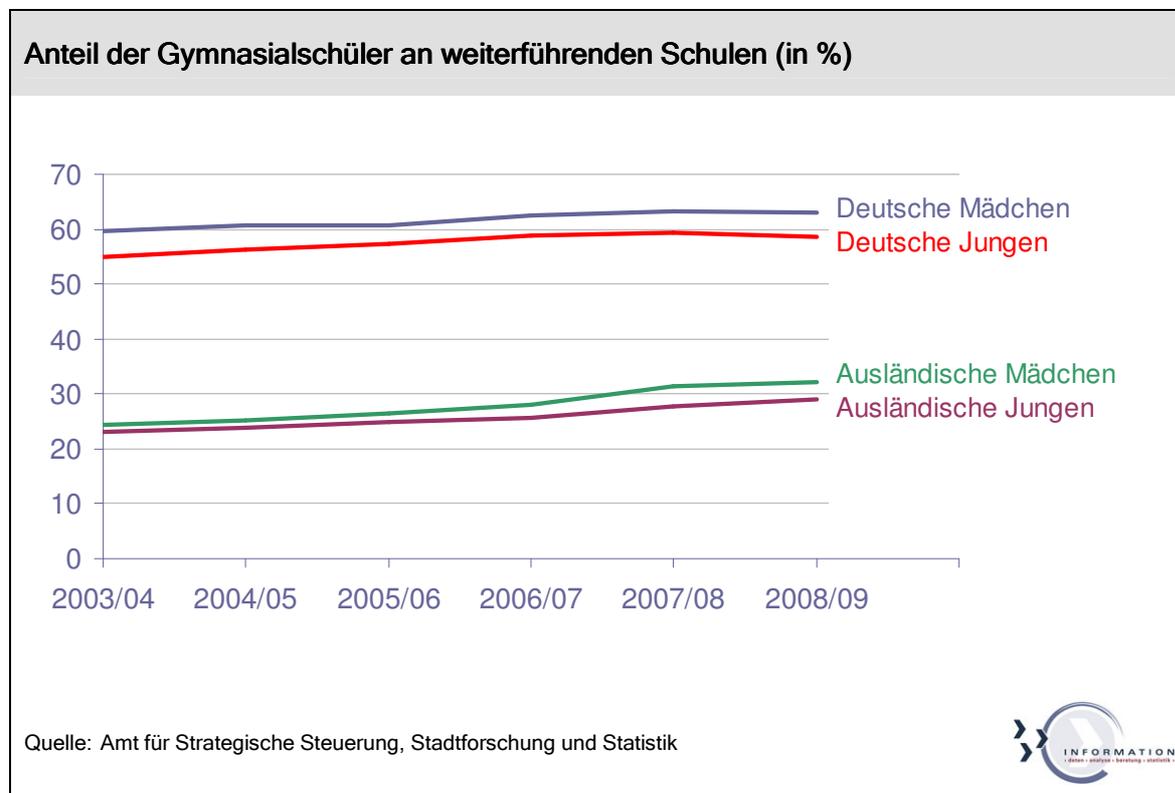
Integration in das Bildungssystem

Seit dem Schuljahr 2003/2004 hat sich die Gymnasialquote unter den ausländischen Kindern stetig erhöht. Sie liegt heute bei 30,6 %, das sind rund 7 %-Punkte mehr als fünf Jahre zuvor. Diese erfreuliche Bilanz darf allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Unterschiede im Schulbesuch zwischen deutschen und ausländischen Kindern immer noch erheblich sind. Schließlich liegt der Anteil der Gymnasiasten bei den deutschen Kindern und Jugendlichen an weiterführenden Schulen mit 60,8 % nahezu doppelt so hoch. Die Verbesserung der Bildungsbeteiligung bei der ausländischen Bevölkerung stellt also eine integrationspolitische Daueraufgabe dar.

Rechtliche Integration weit vorangeschritten

Mittlerweile verfügen mehr als zwei Drittel der in Wiesbaden lebenden Ausländerinnen und Ausländer über einen unbefristeten Aufenthaltstitel oder besitzen eine Staatsangehörigkeit der Europäischen Union, die ihnen Freizügigkeit und ein sicheres Aufenthaltsrecht verschafft. Der Anstieg in den Jahren 2004 und 2007 ist auf die Erweiterung der EU um zehn bzw. zwei neue Mitgliedsstaaten zurückzuführen. Gut die Hälfte der Ausländerinnen und Ausländer in Wiesbaden würde sogar die rechtlichen Voraussetzungen für eine Einbürgerung erfüllen.

Abbildung 1:



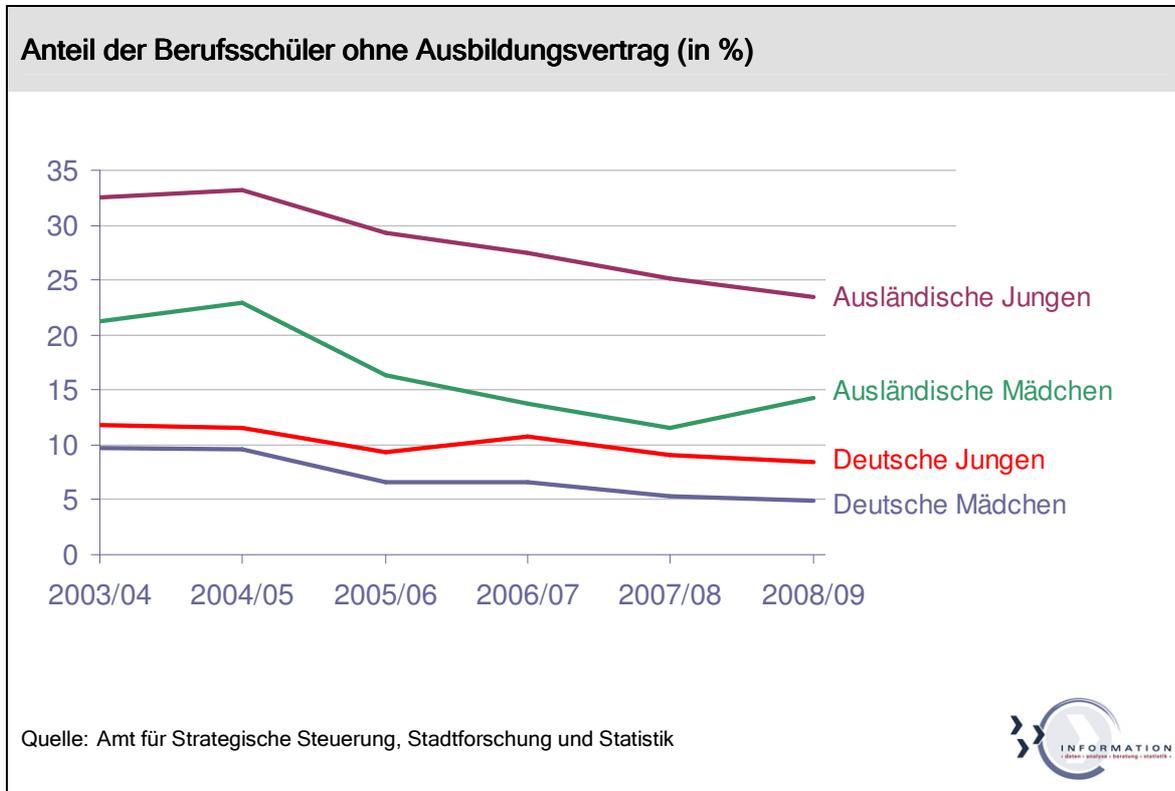
Weniger ausländische Schulabgänger ohne Abschluss

Eine ähnliche Entwicklung lässt sich bei den erreichten Schulabschlüssen beobachten. Die Quote der ausländischen Schulabgänger ohne Abschluss konnte reduziert werden, liegt aber immer noch doppelt so hoch wie bei den deutschen Schulentlassenen.

Fortschritte auch beim Berufseinstieg

Wie schon in den Vorjahren hat sich 2008 der Ausbildungsmarkt für ausländische Jugendliche weiter entspannt. Die Zahl der Berufsschülerinnen und -schüler ohne Ausbildungsvertrag liegt bei rund 19 %, eine deutliche Verbesserung gegenüber 2003 (27,7 %). Gleichwohl ist die Kluft zwischen Jugendlichen ausländischer und deutscher Herkunft nach wie vor groß, und erneut kann fast jeder vierte männliche Jugendliche mit ausländischem Pass kein Ausbildungsverhältnis begründen.

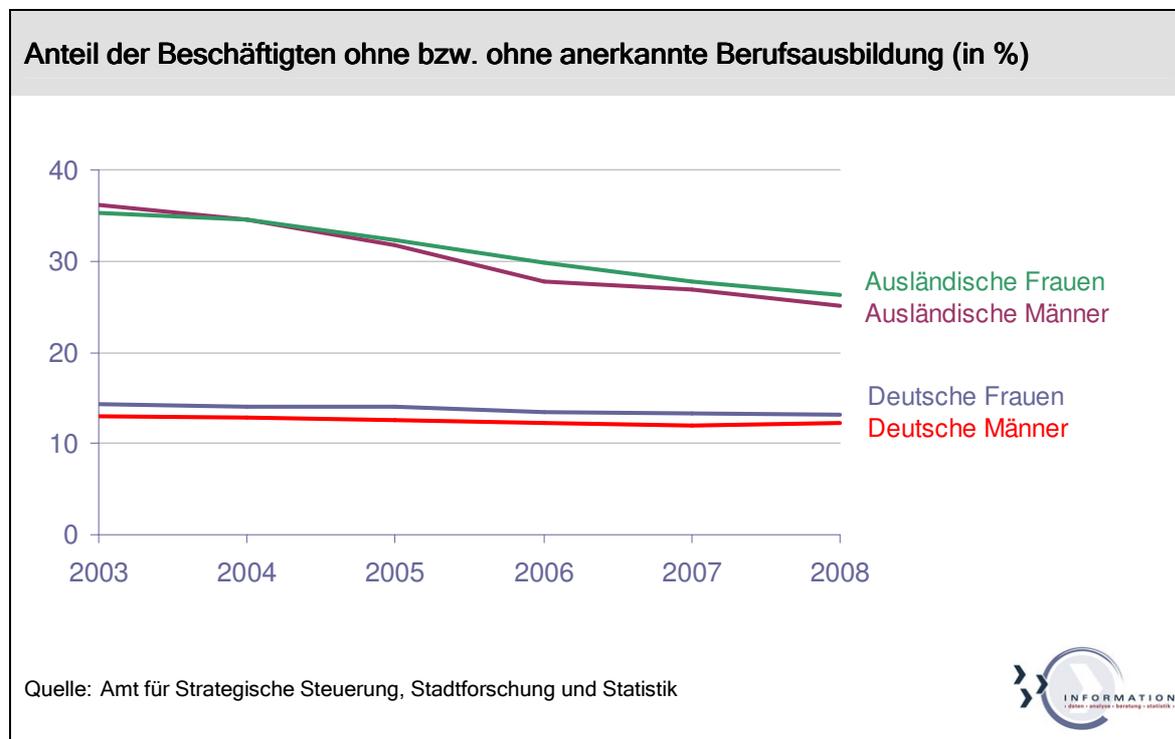
Abbildung 2:



Berufliche Qualifizierung hat sich in den letzten fünf Jahren verbessert...

Die Situation auf dem Wiesbadener Arbeitsmarkt hat für Ausländer Licht und Schatten. Durchweg Positives lässt sich zur Ausbildungssituation ausländischer Beschäftigter vermelden. Der Anteil der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Ausländer, die über keine bzw. über keine in Deutschland anerkannte Berufsausbildung verfügen, ist erfreulicherweise im vergangenen Jahr erneut gesunken und liegt nun bei 25 %. Vor fünf Jahren lag dieser Wert noch bei 36 %, im vergangenen Jahr bei 27 %. Trotz dieser positiven Entwicklung sind ausländische Beschäftigte nach wie vor schlechter qualifiziert als ihre deutschen Kolleginnen und Kollegen.

Abbildung 3:



...der Anteil der geringfügig Entlohnnten schwankt

Der Anteil der ausländischen Minijobber an allen ausländischen Beschäftigten zeigt sich im Fünfjahresverlauf uneinheitlich. Von 2003 bis 2005 - Jahre sinkender Beschäftigung - ist dieser Wert von 13,4 % auf 17,5 % angestiegen. Von 2005 bis 2008 - Jahre steigender Beschäftigung - fällt dieser Anteil kontinuierlich, liegt aber mit 15,9 % immer noch höher als der Wert von 2003. Dieses Ergebnis ist ein Indiz dafür, dass ausländische Beschäftigte auf dem deutschen Arbeitsmarkt immer noch sehr viel stärker eine Pufferfunktion einnehmen als das bei deutschen Beschäftigten der Fall ist.

Die Arbeitslosigkeit hat sich verringert - für Ausländer deutlicher als für Deutsche

Der Aufschwung am Arbeitsmarkt von 2005 bis 2008 hat auch vor Wiesbaden nicht Halt gemacht. So ist die Arbeitslosenquote der Ausländer im vergangenen Jahr erneut auf 15,2 % gesunken. Seit dem Jahr 2006 (wegen Umstellung auf SGBII liegen die Daten erst seit diesem Zeitpunkt vor) profitieren Ausländer mit einer Verringerung der Arbeitslosenquote um 6,4 Prozentpunkte stärker von der Arbeitsmarktbelegung als Deutsche, deren

Arbeitslosenquote im gleichen Zeitraum lediglich um 2,6 Prozentpunkte gesunken ist. Aber auch hier muss konstatiert werden, dass Ausländer immer noch stärker von Arbeitslosigkeit betroffen sind als Deutsche.

Nur wenige Migranten leben in den eigenen vier Wänden

Ein neuer Indikator, der die Integration in den Wohnungs- und Immobilienmarkt misst, ist die Eigentümerquote, also der Anteil der Haushalte, die über selbstgenutztes Wohneigentum verfügen. Er liegt bei Migranten mit 8,4 % etwa nur ein Drittel so hoch wie bei Einheimischen - mit leicht positiver Tendenz in den letzten Jahren.

Kulturelle Integration

Jeder zweite Schulanfänger ausländischer Herkunft hat Schwierigkeiten mit der deutschen Sprache

Im Mittelpunkt der kulturellen Integration steht der - möglichst frühzeitige - Erwerb der deutschen Sprache als entscheidende Voraussetzung für die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben. Anlässlich der vom Gesundheitsamt durchgeführten Schuleingangsuntersuchungen wurden im Jahr 2008 bei 52 % der einzuschulenden Migrantenkinder Defizite in der Beherrschung der deutschen Sprache festgestellt - und zwar hinsichtlich Wortschatz, Grammatik oder Sprachverständnis. Der Befund betrifft die untersuchten ausländischen Jungen (55,7 %) stärker als die Mädchen (49,1 %). Gegenüber dem Vorjahr hat sich die Situation leicht verbessert, verglichen mit den entsprechenden Befunden bei deutschstämmigen Kindern sind Sprachprobleme bei Kinder aus Migrantenfamilien allerdings immer noch sehr häufig.

Gesundheitsvorsorge wird gut wahrgenommen

Das Monitoringsystem enthält zwei Kennzahlen zur Gesundheitssituation von Schulanfängern, die ebenfalls aus den jährlich durchgeführten Schuleingangsuntersuchungen stammen. Demnach nehmen derzeit rund 84 % der Kinder deutscher Herkunft und 71 % der Migrantenkinder an der letzten Früherkennungsuntersuchung vor der Einschulung teil. Während die Quote bei Kindern ohne Migrationshintergrund seit Jahren annähernd konstant bleibt, ist im Verlauf der letzten fünf Jahre bei Kindern mit Migrationshintergrund die Tendenz zu einer höhe-

ren Teilnahmebereitschaft zu beobachten. Keine nennenswerte Veränderung dagegen gibt es bei der Zahl übergewichtiger Schulanfänger: Nach wie vor werden die Befunde "Übergewicht" und "Adipositas" bei Kindern ausländischer Herkunft häufiger erhoben als bei Kindern deutscher Eltern.

Soziale Integration

Indikatoren zur sozialen Integration

Im Bereich „Multikulturelles Zusammenleben“ weist das Monitoringsystem zwei Indikatoren zum Heiratsverhalten von Personen mit Migrationshintergrund aus. So wird die Häufigkeit interethnischer Eheschließungen als Maßstab dafür genommen, inwieweit sich Zuwanderer in die Lebensverhältnisse und die Kultur der Aufnahmegesellschaft eingegliedert haben. Als Kennzahl dient hier die „Einheiratsquote“, die den Anteil derjenigen unter allen eheschließenden Migranten angibt, die in die deutsche Gesellschaft einheiraten.

Interethnische Ehen...

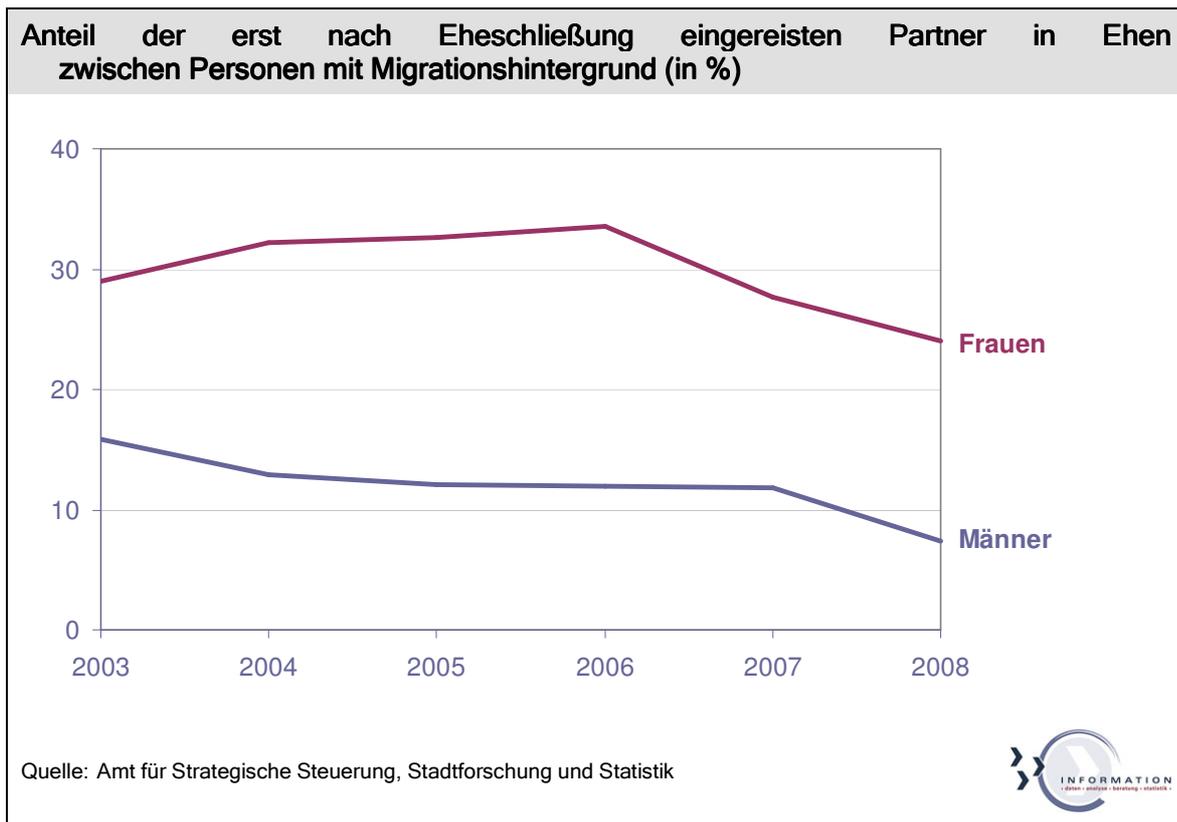
Diese Quote liegt in den letzten Jahren um 28 %, d. h. gut jede vierte Person ausländischer Herkunft, die in diesen Jahren heiratete, schloss die Ehe mit einem Partner ohne Migrationshintergrund. Es fällt auf, dass Frauen ausländischer Herkunft häufiger in die deutsche Gesellschaft einheiraten als Männer.

...und Partnersuche im Herkunftsland

Während ein hoher Anteil von Ehen zwischen Migranten und Einheimischen auf soziale Annäherung und damit auf Integrationsfortschritte hinweist, stellen Verbindungen unter Migranten, bei denen ein Partner bei der Hochzeit (noch) im Ausland lebt, ein Integrationsrisiko dar. Im vergangenen Jahr hatte bei gut 30 % der Eheschließungen zwischen Migranten einer der beiden Partner den Wohnsitz im Ausland. In der Mehrzahl der Fälle handelte es sich dabei um die Ehefrau. Im 5-Jahres-Vergleich ist die Quote allerdings spürbar gesunken, wobei der Rückgang in den Jahren 2007 und 2008 stattfand. Die Ursache hierfür ist eine auf der Umsetzung von EU-Richtlinien beruhende und im August 2007 in Kraft getretene Änderung des Zuwanderungsrechts. Demzufolge ist der Familiennachzug von

Drittstaatsangehörigen an zusätzliche Bedingungen (darunter den Nachweis einfacher Deutschkenntnisse) geknüpft. Ein Ziel der Gesetzesänderung war es, arrangierte Ehen zu verhindern.

Abbildung 4:



Identifikatorische Integration

Die wenigsten lösen ihren Einbürgerungsanspruch ein

Der Anteil der ausländischen Bevölkerung, der von seinem Einbürgerungsrecht Gebrauch macht, bewegte sich in den letzten Jahren auf sehr niedrigem Niveau. Der erneute Rückgang der Einbürgerungsrate im Jahr 2008 ist vermutlich auf die erhöhten Anforderungen an deutsche Sprachkenntnisse im Rahmen des Einbürgerungstests zurückzuführen. Mittlerweile kommen auf 100 Berechtigte jährlich nur noch rund zwei Einbürgerungen.

Monitoring zur Integration von Migranten in Wiesbaden									
Indikator	Personen- gruppe	Jahr	a) Ausländer ¹⁾			a) Deutsche ²⁾			
			b) Personen mit Migrationshintergrund ³⁾			b) Personen ohne Migrationshintergrund ⁴⁾			
			insgesamt	männlich	weiblich	insgesamt	männlich	weiblich	
► A. Strukturelle Integration									
► A.1 Rechtliche Integration									
A.1.1 Anteil der Ausländer mit einem unbefristeten Aufenthaltstitel oder einer EU-Staatsangehörigkeit (in %)	a)	2003	62,1	62,6	61,6	x	x	x	
		2004	66,6	67,7	65,5	x	x	x	
		2005	65,4	66,4	64,5	x	x	x	
		2006	66,5	67,4	65,5	x	x	x	
		2007	68,7	69,6	67,9	x	x	x	
		2008	70,5	71,3	69,7	x	x	x	
A.1.2 Anteil der Ausländer mit Anspruch auf Einbürgerung (in %)	a)	2003	49,1	48,7	49,6	x	x	x	
		2004	49,4	49,1	49,7	x	x	x	
		2005	50,5	51,4	49,5	x	x	x	
		2006	52,1	52,3	51,8	x	x	x	
		2007	51,6	51,7	51,5	x	x	x	
		2008	52,2	52,4	52,0	x	x	x	
► A.2 Integration in das Bildungssystem									
A.2.1 Anteil der Kinder mit einem Kindergartenbesuch von mindestens 18 Monaten (in %)	b)	2003	87,2	84,8	89,9	96,6	97,2	95,9	
		2004	87,6	89,3	85,7	95,6	95,6	95,6	
		2005	87,4	86,7	88,3	94,9	94,7	95,1	
		2006	90,3	89,1	91,6	95,2	94,8	95,7	
		2007	93,5	93,5	93,4	95,8	96,5	95,0	
		2008	89,2	89,3	89,2	97,1	97,0	97,2	
A.2.2 Anteil der Gymnasialschüler an weiterführenden Schulen (in %)	a)	2003/04	23,7	23,0	24,4	57,4	55,0	59,6	
		2004/05	24,5	23,8	25,2	58,5	56,2	60,7	
		2005/06	25,7	24,9	26,4	59,0	57,3	60,7	
		2006/07	26,9	25,7	28,1	60,7	58,9	62,5	
		2007/08	29,6	27,8	31,4	61,4	59,5	63,2	
		2008/09	30,6	29,1	32,1	60,8	58,5	63,1	
A.2.3 Anteil der Schulabgänger ohne Schulabschluss (in %)	a)	2003	14,0	16,9	11,0	4,7	5,8	3,8	
		2004	16,3	19,1	12,7	5,3	6,1	4,6	
		2005	16,2	17,9	14,4	6,8	9,5	4,4	
		2006	11,5	13,4	9,6	5,8	7,1	4,6	
		2007	
		2008	11,6	10,7	12,3	4,7	5,8	3,7	
A.2.4 Anteil der Berufsschüler ohne Ausbildungsvertrag (in %) <i>Zahlen für 2008/2009 sind vorläufig</i>	a)	2003/04	27,7	32,5	21,2	10,8	11,8	9,7	
		2004/05	28,7	33,2	23,0	10,7	11,6	9,6	
		2005/06	23,7	29,3	16,3	8,1	9,3	6,6	
		2006/07	21,1	27,5	13,7	8,9	10,7	6,6	
		2007/08	18,9	25,2	11,5	7,4	9,1	5,3	
		2008/09	19,1	23,4	14,2	6,9	8,4	4,9	

1) Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit; 2) Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit;
3) Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit, zuzüglich Aussiedlern, Eingebürgerten und deren Kindern;
4) Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit, ohne Aussiedler, Eingebürgerte und deren Kinder
. Zahlen nicht verfügbar
x Aussage nicht sinnvoll



Monitoring zur Integration von Migranten in Wiesbaden								
Indikator	Personen- gruppe	Jahr	a) Ausländer ¹⁾			a) Deutsche ²⁾		
			b) Personen mit Migrationshintergrund ³⁾			b) Personen ohne Migrationshintergrund ⁴⁾		
			insgesamt	männlich	weiblich	insgesamt	männlich	weiblich
▶ A.3 Integration in den Arbeitsmarkt								
A.3.1 Anteil der Beschäftigten ohne bzw. ohne anerkannte Berufsausbildung (in %)	a)	2003	35,8	36,2	35,3	13,6	13,0	14,3
		2004	34,5	34,5	34,5	13,4	12,9	14,0
		2005	31,9	31,7	32,3	13,3	12,6	14,0
		2006	28,7	27,8	29,8	12,8	12,2	13,5
		2007	27,2	26,8	27,7	12,7	12,0	13,3
		2008	25,5	25,1	26,2	12,7	12,3	13,1
A.3.2 Anteil der geringfügig Entlohnnten an allen Beschäftigten (in %)	a)	2003	13,4	.	.	9,2	.	.
		2004	16,0	.	.	10,1	.	.
		2005	17,5	.	.	10,1	.	.
		2006	16,6	.	.	10,1	.	.
		2007	16,3	.	.	10,3	.	.
		2008	15,9	.	.	10,2	.	.
A.3.3 Gewerbebetriebe mit ausländischen bzw. deutschen Inhabern bezogen auf Einwohner im erwerbsfähigen Alter (in %)	a)	2006	9,4	x	x	12,9	x	x
		2007	10,6	x	x	13,2	x	x
		2008	10,5	x	x	13,3	x	x
A.3.4 Arbeitslosenquote bezogen auf die abhängigen zivilen Erwerbspersonen (in %)	a)	2006	21,6	19,2	24,8	9,4	9,4	9,4
		2007	16,9	14,4	20,1	7,7	7,9	7,5
		2008	15,2	12,7	18,5	6,8	6,8	6,8
A.3.5 Arbeitslosenquote der unter 25-Jährigen bezogen auf die abhängigen zivilen Erwerbspersonen (in %)	a)	2006	17,7	16,6	19,0	9,7	10,2	9,2
		2007	16,0	14,6	17,7	8,5	9,2	8,0
		2008	15,4	14,7	16,1	8,6	9,0	8,2
▶ A.4 Integration in den Wohnungsmarkt								
A.4.1 Konzentration der Bevölkerung auf bestimmte Wohngebiete (Segregationsindex)	b)	2003	27,1	x	x	x	x	x
		2004	27,3	x	x	x	x	x
		2005	26,8	x	x	x	x	x
		2006	26,8	x	x	x	x	x
		2007	26,7	x	x	x	x	x
		2008	26,3	x	x	x	x	x
A.4.2 Anteil der Haushalte in selbstgenutztem Wohneigentum (in %)	b)	2006	7,6	x	x	24,3	x	x
		2007	8,0	x	x	24,8	x	x
		2008	8,4	x	x	25,1	x	x
▶ B. Kulturelle Integration								
▶ B.1 Werteannäherung								
B.1.1 Zusammengefasste Geburtenziffer (durchschnittliche Kinderzahl pro Frau)	a)	2003	x	x	1,79	x	x	1,24
		2004	x	x	1,74	x	x	1,35
		2005	x	x	1,64	x	x	1,27
		2006	x	x	1,67	x	x	1,19
		2007	x	x	1,67	x	x	1,33
		2008	x	x	1,71	x	x	1,33
1) Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit; 2) Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit; 3) Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit, zuzüglich Aussiedlern, Eingebürgerten und deren Kindern; 4) Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit, ohne Aussiedler, Eingebürgerte und deren Kinder . Zahlen nicht verfügbar x Aussage nicht sinnvoll								

Monitoring zur Integration von Migranten in Wiesbaden									
Indikator	Personen- gruppe	Jahr	a) Ausländer ¹⁾			a) Deutsche ²⁾			
			b) Personen mit Migrationshintergrund ³⁾			b) Personen ohne Migrationshintergrund ⁴⁾			
			insgesamt	männlich	weiblich	insgesamt	männlich	weiblich	
B.1.2 Anteil der Bevölkerung in 5- und mehr Personenhaushalten (in %)	b)	2003	18,9	x	x	7,7	x	x	
		2004	18,6	x	x	7,5	x	x	
		2005	18,3	x	x	7,5	x	x	
		2006	18,5	x	x	7,5	x	x	
		2007	18,4	x	x	7,4	x	x	
		2008	18,1	x	x	7,2	x	x	
► B.2 Spracherwerb									
B.2.1 Anteil der Kinder mit Defiziten der deutschen Sprache an allen einzuschulenden Kindern (in %)	b)	2005	53,8	57,2	49,7	13,5	15,4	11,4	
		2006	48,6	52,7	43,8	10,9	12,6	8,8	
		2007	53,0	57,3	48,0	13,7	15,2	12,1	
		2008	52,0	54,7	49,1	8,6	10,9	6,1	
► B.3 Gesundheit									
B.3.1 Anteil der Kinder mit Teilnahme an der letzten Vorsorgeuntersuchung vor der Einschulung (U9) an allen einzuschulenden Kindern (in %)	b)	2003	65,1	64,4	65,8	82,2	84,0	80,7	
		2004	61,3	62,8	59,7	81,1	80,9	81,3	
		2005	67,3	66,5	68,4	84,6	85,2	83,9	
		2006	68,4	68,8	67,9	81,1	81,9	80,3	
		2007	72,8	72,8	72,6	82,5	82,8	82,4	
		2008	71,4	72,0	70,9	83,7	84,0	83,4	
B.3.2 Anteil der Kinder mit Übergewicht an allen einzuschulenden Kindern (in %)	b)	2003	17,9	17,0	19,0	8,9	8,1	9,8	
		2004	14,9	15,6	14,1	7,8	8,3	7,4	
		2005	15,5	15,9	15,1	8,7	8,7	8,7	
		2006	15,9	16,9	14,7	9,7	10,8	8,5	
		2007	14,5	14,1	14,9	9,1	8,5	9,8	
		2008	14,7	14,5	14,9	8,2	7,2	9,2	
► C. Soziale Integration									
► C.1 Aufenthaltsdauer/Bleibeabsichten									
C.1.1 Anteil der Ausländer mit einer Aufenthaltsdauer in Deutschland von 20 Jahren und mehr (in %)	a)	2003	30,2	31,4	28,9	x	x	x	
		2004	30,4	31,8	28,8	x	x	x	
		2005	28,9	30,5	27,4	x	x	x	
		2006	29,5	30,9	28,1	x	x	x	
		2007	30,2	31,4	29,0	x	x	x	
		2008	31,9	33,0	30,8	x	x	x	
C.1.2 Anteil der in Deutschland Geborenen (in %)	b)	2003	25,2	25,8	24,6	x	x	x	
		2004	26,9	27,4	26,3	x	x	x	
		2005	27,3	28,0	26,5	x	x	x	
		2006	27,7	28,5	27,0	x	x	x	
		2007	27,8	28,6	26,9	x	x	x	
		2008	28,2	29,0	27,3	x	x	x	
► C.2 Multikulturelles Zusammenleben									
C.2.1 Anteil der Personen mit Partner ohne Migrationshintergrund an allen heiratenden Migranten (in %)	b)	2003	29,4	27,0	31,6	x	x	x	
		2004	28,5	25,5	31,2	x	x	x	
		2005	26,8	24,2	29,2	x	x	x	
		2006	28,1	25,5	30,5	x	x	x	
		2007	29,9	25,4	33,8	x	x	x	
		2008	27,7	24,5	30,6	x	x	x	
¹⁾ Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit; ²⁾ Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit; ³⁾ Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit, zuzüglich Aussiedlern, Eingebürgerten und deren Kindern; ⁴⁾ Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit, ohne Aussiedler, Eingebürgerte und deren Kinder . Zahlen nicht verfügbar x Aussage nicht sinnvoll									

Monitoring zur Integration von Migranten in Wiesbaden								
Indikator	Personengruppe	Jahr	a) Ausländer ¹⁾ b) Personen mit Migrationshintergrund ³⁾			a) Deutsche ²⁾ b) Personen ohne Migrationshintergrund ⁴⁾		
			insgesamt	männlich	weiblich	insgesamt	männlich	weiblich
C.2.2 Anteil der erst nach Eheschließung eingereisten Partner in Ehen zwischen Personen mit Migrationshintergrund (in %)	b)	2003	44,9	15,9	29,0	x	x	x
		2004	45,1	12,9	32,2	x	x	x
		2005	44,7	12,1	32,6	x	x	x
		2006	45,6	12,0	33,6	x	x	x
		2007	39,5	11,8	27,7	x	x	x
		2008	31,4	7,4	24,0	x	x	x
C.2.3 Anteil der Haushalte, in denen Personen mit und ohne Migrationshintergrund leben, an allen Haushalten (in %)	b)	2003	8,0	x	x	x	x	x
		2004	7,6	x	x	x	x	x
		2005	7,6	x	x	x	x	x
		2006	7,6	x	x	x	x	x
		2007	7,7	x	x	x	x	x
		2008	7,8	x	x	x	x	x
► D. Identifikatorische Integration								
► D.1 Einbürgerungen								
D.1.1 Einbürgerungen je 100 Anspruchsberechtigte	a)	2003	3,9	3,9	3,9	x	x	x
		2004	3,1	2,8	3,4	x	x	x
		2005	2,5	2,5	2,5	x	x	x
		2006	3,1	3,2	2,9	x	x	x
		2007	2,9	3,0	2,7	x	x	x
		2008	2,1	2,3	2,0	x	x	x
1) Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit; 2) Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit; 3) Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit, zuzüglich Aussiedlern, Eingebürgerten und deren Kindern; 4) Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit, ohne Aussiedler, Eingebürgerte und deren Kinder . Zahlen nicht verfügbar x Aussage nicht sinnvoll								

3 Integrationskurse nach dem Zuwanderungsgesetz

3.1 Zahlen und Fakten zu den Integrationskursen

Bei den Zugangsbedingungen zu Integrationskursen wird unterschieden zwischen Verpflichtungen und Zulassungen. Eine Verpflichtung kann zum einen durch die Ausländerbehörde bei Neuzuwanderern mit unzureichenden Sprachkenntnissen ausgesprochen werden und zum anderen durch die Kommunale Arbeitsvermittlung zur Erhöhung der Chancen auf Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt. Eine Zulassung zu einem Integrationskurs wird in der Regel auf freiwilligen Antrag durch sogenannte Bestandsausländer durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) erteilt. Demnach wurden 2008 insgesamt **765** Personen zu Integrationskursen zugelassen (694 in 2007) und **409** Personen zur Teilnahme an Integrationskursen verpflichtet. Im Vergleich zum Vorjahr (453) ist die Zahl der Verpflichtungen leicht gesunken und die Anzahl der Zulassungen gestiegen.

Zielgruppe für Integrationskurse wurde um ehemalige Asylbewerber und Eingebürgerte erweitert.

Die hohe Zahl der Zulassung zu Integrationskursen ist zum einen auf die Gesetzesänderung im Staatsangehörigkeitsrecht zurückzuführen. Demnach muss nun der Nachweis für das Zertifikat B1 zur Erlangung der deutschen Staatsangehörigkeit erbracht werden. Zum anderen ist jetzt neben Ausländern und Spätaussiedlern die Zulassung von ehemaligen Asylbewerbern und Flüchtlingen mit einer Aufenthaltserlaubnis aufgrund der Altfallregelung sowie Eingebürgerten zu den Integrationskursen möglich.

In der Integrationsabteilung wurden 2008 insgesamt **359** (495 in 2007) Sprachstandstests zur Einstufung und darauf basierenden passgenaueren Vermittlung in Integrationskurse durch-

geführt.

Seit der Änderung der Integrationskursverordnung im Dezember 2007 sind die Träger der Integrationskurse verpflichtet, vor Kursbeginn eigene differenzierte Sprachstandfeststellungstests durchzuführen. Diese werden mit dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge über eine Kostenpauschale abgerechnet. Hier liegt sicherlich ein Grund für den Rückgang der Sprachstandseinschätzungstests in der Integrationsabteilung um ca. 27%. Ergänzend dürfte seit der Einführung der Integrationskurse im Jahr 2005 der Bekanntheitsgrad der Integrationskursträger und derer jeweiliger Schwerpunkte (z.B. Kurse für Frauen, Kurse mit Kinderbetreuung etc.) bei der Zielgruppe stetig gestiegen sein und von daher häufiger eine direkte Kontaktaufnahme mit den Integrationskursträgern erfolgen. Dies gilt insbesondere für die Personengruppe mit Zulassungen. Die Gruppe der zu einem Integrationskurs Verpflichteten folgt überwiegend nach wie vor den Empfehlungen der Kommunalen Arbeitsvermittlung (Träger der Grundsicherung) und der Ausländerbehörde, die Beratungsleistung der Integrationsabteilung bei einer ersten Sprachstandseinschätzung und der Suche nach einem geeigneten Integrationskursträger in Anspruch zu nehmen.

Tabelle 1:

Zulassungen und Verpflichtungen zu Integrationskursen		
	2007	2008
Zulassungen zu Integrationskursen	694	765
Verpflichtungen zu Integrationskursen	453	409
Quelle: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge		

Tabelle 2:

Zulassungen und Verpflichtungen zu Integrationskursen		
	2007	2008
Zulassungen	694	765
Männer	207	243
Frauen	487	522
Verpflichtungen	453	409
Männer	171	132
Frauen	282	277
Quelle: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge		

Tabelle 3:

Integrationskurse und Kursträger in Wiesbaden		
	2007	2008
Anzahl der durchgeführten und gestarteten Integrationskurse	92	81
Anzahl der Integrationskursträger, die Integrationskurse durchführten	10	10

Übersicht der Integrationskursträger, die in 2007 Integrationskurse durchgeführt haben

- AWO
- Caritas/Bauhof Biebrich-Südost
- Berlitz
- Euro-Schule
- IB
- Caritas/Katholische Erwachsenenbildung

- Lern-Planet
- VHS
- Logos
- VHS AKK

Die Zahl der Berechtigten und Verpflichteten im Vergleich zur Gesamtzahl der Neuzuwanderer

Um Aussagen zu Qualität und Quantität des Vollzuges der Integrationskursverordnung nach dem Zuwanderungsgesetz treffen zu können, wird in der folgenden Tabelle die Gesamtzahl der Neuzuwanderer dargestellt. Im Anschluss wird diese Zahl den zu Integrationskursen Berechtigten oder Verpflichteten gegenübergestellt und eine erste Interpretation versucht:

Tabelle 4:

Neuzuwanderer*) nach Wiesbaden		
	2007	2008
Insgesamt	3.579	3.104
Männer	2.214	1.993
Frauen	1.365	1.111
unter 18 Jahre	379	259
18 bis unter 25 Jahre	780	664
25 bis unter 30 Jahre	632	484
30 bis unter 40 Jahre	826	778
40 bis unter 50 Jahre	602	562
50 bis unter 65 Jahre	315	317
darunter Personen		
– polnischer	875	650
– rumänischer	285	243
– bulgarischer	261	161
– türkischer	205	247
– US-amerikanischer	205	192
– Bosnisch-herzegowinischer	145	130
– italienischer	122	148
Staatsangehörigkeit		
*) Zuzüge von Ausländer/-innen aus dem Ausland		
Quelle: Amt für Wahlen, Statistik und Stadtforschung		

Die Zahl der Neuzuwanderer lag 2008 bei 3.104, das waren 475 oder 13,3 % weniger als im Jahr 2007. Der Rückgang geht zum größten Teil auf das Konto polnischer und bulgarischer Staatsangehöriger.

Im Vergleich zu insgesamt 3.104 Neuzuwanderern in 2008 scheint die Zahl der Integrationskursberechtigten oder Verpflichteten von insgesamt 1.174 gering.

Gründe hierfür sind:

- Aus verschiedenen, im ausländerrechtlichen Verwaltungsverfahren begründeten Umständen und Sachzwängen kann die endgültige Aufenthaltserlaubnis Neuzuwanderern oft erst mehrere Monate nach der Einreise erteilt werden. Die Bestätigung über einen Anspruch oder eine Verpflichtung zu einem Integrationskurs wird aber in der Regel immer erst mit der Erteilung der endgültigen Aufenthaltserlaubnis ausgestellt. Alle statistischen Verfahren, die auf einen fixen Zeitpunkt abstellen, sind daher durch diese zeitlichen Verzögerungen verzerrt.
- Nicht alle Neuzuwanderer haben einen Anspruch auf Teilnahme an einem Integrationskurs, sondern nur Personen, die sich aus bestimmten, im Gesetz genannten Rechtsgrundlagen, dauerhaft im Bundesgebiet aufhalten wollen und dürfen.
- Eine weitere Einschränkung des Teilnehmerkreises erfolgt durch die gesetzliche Regelung, dass ein Teilnahmeanspruch trotz Vorliegens der sonstigen Voraussetzungen nicht besteht bei Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die eine schulische Ausbildung aufnehmen oder ihre bisherige Schullaufbahn in Deutschland fortsetzen und damit ihre sprachliche Ausbildung erfahren.
- Entsprechendes gilt, wenn bei Neuzuwanderern erkennbar geringer Integrationsbedarf besteht oder die Personen bereits über ausreichende Kenntnisse der deutschen Sprache verfügen.

3.2 Zielgruppen, Struktur, Dauer und Inhalt des Integrationskurses

Zielgruppen

Neben Ausländern, Unionsbürgern und Spätaussiedlern können jetzt auch ehemalige Asylbewerber und Flüchtlinge mit einer Aufenthaltserlaubnis aufgrund der Bleiberechtsregelung zu Integrationskursen zugelassen werden. Auch Deutsche mit Migrationshintergrund, die in besonderer Weise integrationsbedürftig sind und noch nicht über ausreichende Deutschkenntnisse verfügen, können einen Integrationskurs besuchen.

<i>Stundenzahl</i>	Ein Integrationskurs besteht grundsätzlich aus einem Sprachkurs mit 600 Unterrichtsstunden und einem Orientierungskurs mit 45 Stunden. Bei den speziellen Integrationskursen ist eine Erweiterung von 600 auf bis zu 900 Stunden Sprachunterricht möglich.
<i>Spezielle Integrationskurse</i>	Neben dem allgemeinen Integrationskurs gibt es auch spezielle Integrationskurse für Teilnehmer, die besondere Bedürfnisse haben: Angeboten werden beispielsweise Jugendintegrationskurse für junge Leute unter 27 Jahren, die nicht mehr schulpflichtig sind und sich auf eine weiterführende Schule oder auf eine Ausbildung vorbereiten möchten. Für Eltern gibt es Kurse, die ihnen helfen, ihre Kinder besser in der Schule zu unterstützen; Frauen können in einer reinen Frauenklasse mit einer Lehrerin lernen. Außerdem gibt es Kurse für Migranten, die nicht lesen oder schreiben können sowie Förderkurse für diejenigen, die schon länger in Deutschland leben, aber die deutsche Sprache bislang nur unvollständig und nicht korrekt erlernt haben.
<i>Intensivkurse</i>	Die speziellen Integrationskurse können bis zu 945 Stunden Unterricht umfassen. Andererseits gibt es die Möglichkeit zum Besuch eines Intensivkurses mit insgesamt nur 430 Stunden. Welcher Kurs am besten zum jeweiligen Teilnehmer passt, wird durch einen Einstufungstest ermittelt.
<i>Abschlusstest</i>	Am Ende des Integrationskurses sollen die Teilnehmer erfolgreich am Abschlusstest teilnehmen. Wenn die Abschlussprüfung "Deutsch-Test für Zuwanderer" (bis Ende 2008: Prüfung zum Zertifikat Deutsch) und die Prüfung zum Orientierungskurs bestanden werden, erhalten die Teilnehmer vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge das <i>Zertifikat Integrationskurs</i> . Teilnahmeberechtigte, die ordnungsgemäß am Integrationskurs teilgenommen haben und im Abschlusstest nicht erfolgreich waren, haben die Möglichkeit zur einmaligen Wiederholung von 300 Unterrichtseinheiten und dem Abschlusstest.

Kosten der Integrationskurse

Ein Teil der Kosten für die Integrationskurse wird vom Staat getragen. Die Teilnehmer müssen dazu in der Regel noch einen Eigenbeitrag von einem Euro pro Stunde leisten. Von diesem Eigenbetrag können sie unter bestimmten Voraussetzungen befreit werden. Der Abschlusstest ist grundsätzlich kostenlos.

Teilnehmer, die den Integrationskurs inklusive Abschlussprüfung in weniger als zwei Jahren erfolgreich abschließen, können vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) die Hälfte ihres Beitrags erstattet bekommen.

Verpflichteten und Berechtigten, die von der Kostenbeitragspflicht befreit sind, werden die Fahrtkosten bei ordnungsgemäßer Teilnahme am Integrationskurs erstattet.

4 Einbürgerungen

4.1 Der Einbürgerungstest - ein weiterer Schritt der Umsetzung des neuen Staatsangehörigkeitsrechts

In 2007 wurden zentralen Änderungen des Staatsangehörigkeitsrechts eingeführt. Diese waren erhöhte Anforderungen an die Sprachkenntnisse in Form eines Sprachnachweises auf dem Niveau (B1) des Gemeinsamen Europäischen Referenzrahmens, die Abgabe eines feierlichen Bekenntnisses vor Aushängung der Einbürgerungsurkunde und nun seit 1.9.2008 der Nachweis von Kenntnissen der Rechts- und Gesellschaftsordnung und der Lebensverhältnisse in Deutschland in Form des so genannten Einbürgerungstests.

Dieser umfasst einen Fragenkatalog von insgesamt 330 Fragen. 300 Fragen sind bundeseinheitlich und 30 Fragen sind auf das jeweilige Bundesland bezogen.

Die Teilnehmer müssen 17 von 33 Fragen aus den Bereichen „Politik in der Demokratie“, „Geschichte und Verantwortung“ sowie „Mensch und Gesellschaft“ richtig beantworten um zu bestehen.

In Wiesbaden wird dieser Test derzeit ausschließlich von der VHS durchgeführt. In 2008 haben insgesamt 101 Teilnehmerinnen an diesem Test teilgenommen, davon haben 99 % den Test bestanden.

4.2 Zahlen und Fakten

Wie die folgende Tabelle zeigt, sind die Einbürgerungen in Wiesbaden etwas zurückgegangen. Wiesbaden liegt damit im bundesweiten Trend. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes fiel die Zahl der Einbürgerungen in 2008 auf den niedrigsten Stand seit der Wiedervereinigung.

Tabelle 5:

Einbürgerungen 2006-2008			
	2006	2007	2008
Insgesamt	934	876	816
Männer	504	450	453
Frauen	430	426	363
aus Afghanistan	55	58	47
aus Irak	26	25	27
aus Iran	76	55	49
aus Marokko	115	89	63
aus Pakistan	33	29	35
aus Polen	24	26	30
aus Russland	34	26	23
aus Serbien u. Montenegro	57	49	72
aus Syrien	41	37	38
aus Türkei	212	190	151
aus sonstige Staaten	263	261	281

4.3 Einbürgerungsfeiern

Mit dem Ziel, der Einbürgerung als Vollendung der rechtlichen Integration einen angemessenen Rahmen zu geben und diese entsprechend zu würdigen, wurde auf Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom Juli 2005 ab Oktober 2005 monat-

lich eine Feierstunde im Rathaus für neu eingebürgerte Wiesbadenerinnen und Wiesbadener eingeführt. Der Empfang für Neubürger/-innen ist ein weiterer Schritt bei den Bemühungen der Stadt für eine bessere Integration.

Die Ansprache des Oberbürgermeisters oder der Integrationsdezernentin, die musikalische Umrahmung, die Aushändigung des persönlichen Fotos an die Eingebürgerten sowie die feierliche Atmosphäre mit der Möglichkeit, politische Repräsentanten Wiesbadens aus nächster Nähe und mit einem offenen Ohr für die verschiedensten Probleme und Fragestellungen erleben zu können, werden von den Gästen durchweg sehr positiv bewertet.

Seit Oktober 2007 wird im Rahmen dieser Einbürgerungsfeier gemeinsam das Feierliche Bekenntnis mündlich abgegeben und damit eine Neuerung im Staatsangehörigkeitsrecht umgesetzt.

2008 wurden 816 Personen eingeladen, 335 Personen haben an der Einbürgerungsfeier teilgenommen. Die Anzahl derjenigen, die der Einladung zu dieser Feierstunde gefolgt sind, lag im Durchschnitt bei 41,5 %.

Nähere statistische Angaben sind der folgenden Tabelle zu entnehmen:

Tabelle 6:

Neubürgerempfänge 2008					
Datum	Anzahl der Eingeladenen	Anzahl der Teilnehmer/-innen	in %	Herkunftsland der jeweils größten Staatengruppe	Anteil in %
29.01.08	107	63	58,88%	Türkei	46,30%
28.02.08	85	37	43,53%	stark vermischt	
08.04.08	99	41	41,41%	Serbien (nur Kosovo Albaner)	34,15%
27.05.08	112	31	27,68%	stark vermischt	
17.06.08	61	28	45,90%	stark vermischt	
12.08.08	77	15	19,48%	stark vermischt	
09.09.08	63	30	47,62%	Türkei	53,33%
21.10.08	73	26	35,62%	Türkei	61,54%
18.11.08	80	31	38,75%	Türkei	45,16%
16.12.08	59	33	55,93%	Türkei	39,39%
Summe	816	335	41,05%		
Mittelwert	82	34	41,05%		

5 Sachstand zu den Handlungsfeldern

5.1 Sprachkompetenz

Das wollen wir erreichen:

Die Migrantinnen und Migranten verfügen über ausreichende Kenntnisse der deutschen Sprache und der Muttersprache in Wort und Schrift.

Handlungsziele für die nächsten 5 Jahre:

1. In Wiesbaden aufwachsende Kinder aus Migrantenfamilien erlernen systematisch die deutsche Sprache unter Berücksichtigung und Förderung der Zweisprachigkeit.
2. Es existieren speziell integrierte Bildungsangebote für Eltern (insbesondere Mütter) und Kinder.
3. Das Angebot an Sprachkursen/ Grundbildungskursen für Frauen mit Kinderbetreuung und nach Bedarf mit sozialpädagogischer Betreuung ist bedarfsgerecht gesteigert.
4. Die Angebote werden stärker angenommen.

Steuerung und Vernetzung

Auswirkungen der veränderten Integrationskursverordnung auf „Mama lernt Deutsch“ und das Innovationsprojekt zur Elternbildung „Mama spricht Deutsch“

Zielgruppe des Projektes „Mama lernt Deutsch“ sind Migrantinnen, die nicht lesen oder schreiben können und stellte mit seinem Alphabetisierungsangebot eine Vorbereitung auf die Teilnahme an einem Integrationskurs dar. Mit der Novellierung der Integrationskursverordnung im Dezember 2007 reagierte der Gesetzgeber auf vielfältige Anregungen aus der Praxis, in denen u.a. für genau diese Zielgruppe ein Angebot im Rahmen der Integrationskurse gefordert wurde. Die Einführung von Kursen für Migranten, die nicht lesen oder schreiben können sowie Förderkurse für diejenigen, die schon länger in Deutschland leben, aber die deutsche Sprache bislang nur unvollständig und nicht korrekt erlernt haben, führte in der Folge zu einem deutlichen Nachfragerückgang bei den „Mama lernt Deutsch“ Kursen. Eine weitere Ursache für den Nachfragerückgang liegt in der ebenfalls mit der Novellierung der Integrationskursverord-

nung veränderten Verpflichtungspraxis zur Teilnahme an einem Integrationskurs. Waren es früher nur die Ausländerbehörden, die eine Verpflichtung zum Integrationskurs aussprechen konnten, wurde diese Möglichkeit nun auch auf die Träger der Grundsicherung für Arbeitssuchende übertragen. Während früher die Kommunale Arbeitsvermittlung viele Teilnehmerinnen an den „Mama lernt Deutsch“ Kursen über die Eingliederungsvereinbarungen zur Teilnahme verpflichtet hatte und die Teilnehmerinnengebühr von 1 Euro pro Unterrichtseinheit übernahm, wurden von Seiten der Kommunalen Arbeitsvermittlung nun die Verpflichtungen zu den um den Alphabetisierungsteil erweiterten Integrationskursen ausgesprochen, die für die Kommunale Arbeitsvermittlung ohne Kostenübernahme für die Teilnehmergebühren verbunden sind. In der Folge reduzierte sich die Anzahl der „Mama lernt Deutsch“ von 35 über 11 auf 3 Kurse nach den Sommerferien.

Eine vergleichbare Entwicklung erfolgte im Projekt „Mama spricht Deutsch“. Zielgruppe dieser Konversationskurse sind bildungsferne Mütter, insbesondere Absolventinnen von „Mama lernt Deutsch“ Kursen. Von den 5 Kursen zu Beginn 2008 unterschritten bis Ende 2008 zwei Kurse eine noch vertretbare Teilnehmerzahl und wurden eingestellt. Es zeigte sich, dass viele Teilnehmerinnen, die früher im Anschluss an „Mama lernt Deutsch“ den Fortführungskurs „Mama spricht Deutsch“ besucht haben, nun sowohl die Grundalphabetisierung als auch den weiteren Spracherwerb im Rahmen der Integrationskurse durchlaufen. Als Zielgruppe bleiben für „Mama spricht Deutsch“ damit noch Teilnehmerinnen ohne Verpflichtung zu einem Integrationskurs oder Teilnehmerinnen, die während eines laufenden Integrationskurses noch ergänzend „Mama spricht Deutsch“ besuchen wollen. Dies dürfte allerdings nur in sehr begrenztem Umfang eine Möglichkeit dargestellt haben.

Hohe Zufriedenheit und Erfolgsquote bei „Mama spricht Deutsch“

Das Innovationsprojekt "Mama spricht Deutsch" wurde mit Unterstützung des hessischen Sozialministeriums in Kooperation mit dem Amt für soziale Arbeit weitergeführt. „Mama spricht Deutsch“ ist ein wichtiger Baustein im Rahmen der Umsetzung

des Handlungsprogramms Zielgruppenorientierte Elternbildung unter Federführung des Amtes für soziale Arbeit. Neben der Vertiefung von Sprachkenntnissen werden über ein System von Unterrichtsmodulen gezielt Themen aus dem Bereich Kindererziehung und Gesundheitsprävention vermittelt.

Auswertungs- und Projektbericht zur Modellphase liegt vor

Die gemeinschaftlich entwickelten Module und die hohe Vermittlungskompetenz der größtenteils städtischen Referentinnen und Referenten im Zusammenspiel mit den Kursleitungen haben bei den Teilnehmerinnen ein durchweg positives Echo hervorgerufen. Dies ist das Fazit der Mitte Mai 2008 vorgelegten Projektdokumentation mit Erhebungs- und Befragungsbögen für die Kursträger, -leitungen, Referentinnen und Referenten sowie der Teilnehmerinnen.

Kommunales Netzwerk zur Koordination und Steuerung des Integrationskursangebotes

Die Koordination und Steuerung des Angebotes an Integrationskursen erfolgt nach wie vor über das kommunale Netzwerk aller Integrationskursträger unter Federführung der Integrationsabteilung. Die bedarfsgerechte Beratung und Vermittlung von Integrationskursteilnehmern zu den in Frage kommenden Integrationskursträgern erfolgt in der Integrationsabteilung.

Enge Kooperation mit der Migrationserstberatung der Freien Träger

Die enge Zusammenarbeit mit der Migrationserstberatung der Freien Träger im Hause gewährleistet die weitere Unterstützung der Neuzuwanderer rund um integrationsrelevante Fragen.

Projekte und Maßnahmen

Projekte und Maßnahmen	Verantwortlich	Projektziel	Zielerreichung 2007	Zielerreichung 2008
Projekt "Mama lernt Deutsch"	Einwohner- und Integrationsamt	Mütter erlernen die deutsche Sprache und können den Bildungsweg ihrer Kinder kompetenter unterstützen.	35 Kurse wurden an Kitas, Grundschulen und Moscheen mit insg. 430 Frauen durchgeführt.	Insgesamt 14 Kurse wurden in 2008 an Kitas und Grundschulen mit insgesamt 102 Frauen durchgeführt
Projekt "Mama spricht Deutsch"	Einwohner- und Integrationsamt/ Amt für soziale Arbeit	Bildungsferne Mütter vertiefen ihre Kenntnisse der Deutschen Sprache. Sie erweitern zudem ihre Elternkompetenz.	6 Kurse wurden in unterschiedlichen Einrichtungen mit insgesamt 86 Teilnehmerinnen durchgeführt.	5 Kurse wurden in unterschiedlichen Einrichtungen mit insgesamt 41 Teilnehmerinnen in 2008 begonnen
Förderung von AG Sozialer Brennpunkt, Presberger Straße e. V. für Projekt "Spracherwerb mit Gesang und Klang"	CASA - Centrum für aktivierende Stadtteilarbeit	Förderung der Sprachkompetenz durch das Singen in einem "Internationalen Stadtteilfrauenchor"	15 Teilnehmerinnen haben von 05/07 bis 12/07 an dem Projekt teilgenommen.	16 Teilnehmerinnen haben erfolgreich von 01/08 bis 12/08 an dem Projekt teilgenommen
Förderung von Entre Amigos; Deutsch-Spanisch-Lateinamerikanischer Verein e. V.	Entre Amigos e.V.	Erwachsene verbessern und vertiefen ihre Deutschkenntnisse durch die regelmäßige Konversation über aktuelle und alltägliche Ereignisse.	5 Teilnehmer/-innen haben den Kurs von 10/07 bis 12/07 besucht.	6 Teilnehmer/ -innen haben den Kurs von 01/08 bis 12/08 besucht
Förderung von Entre Amigos, Deutsch/Spanisch/Lateinamerikanischer Verein e. V.	Entre Amigos e.V.	Erwerb von Sprachkompetenz in einem Deutsch- Anfängerkurs, der gleichzeitig die Betreuung der Kinder sicherstellt.	Projekt wurde 2008 erstmals durchgeführt	5 Teilnehmerinnen haben den Kurs von 06/08 bis 12/08 besucht.
Förderung von TANDEM Deutsch-International, und FAZIT e. V.	VHS Tandem und FAZIT e.V.	Aufrechterhaltung des Angebots	Konversationskurse in sechs Stadtteilen und weitere Sprachkursangebote, zum Teil frauenspezifische Angebote	Konversationskurse in sechs Stadtteilen und weitere Sprachkursangebote, zum Teil frauenspezifische Angebote

Ausblick

Die Novellierung der Integrationskursverordnung hat eine Erweiterung der Zielgruppen und der Struktur, der Dauer und des Inhalts der Integrationskurse zur Folge, die direkte Auswirkungen auf bestehende Projekte wie „Mama lernt Deutsch“ oder „Mama spricht Deutsch“ haben.

„Mama lernt Deutsch“ wird nach Abschluss der derzeit noch laufenden Staffel Mitte 2009 eingestellt werden. „Mama spricht Deutsch“ wird ab Sommer 2009 mit inhaltlich erweiterten Modulen überwiegend für eine veränderte Zielgruppe, nämlich Teilnehmerinnen nach Abschluss des Integrationskurses angeboten werden. Diese Überlegungen wurden mit den bisherigen Kursträgern und im Netzwerk der Integrationskursträger diskutiert und als sinnvolle Veränderung begrüßt.

5.2 Bildung

Das wollen wir erreichen:

Die Bildungsbeteiligung und die Bildungschancen von Migrantinnen und Migranten sind nachhaltig verbessert und deren oft brachliegende Bildungsreserven sind erschlossen.

Handlungsziele für die nächsten 5 Jahre:

1. Programme und Maßnahmen zur Eltern- und Familienbildung für Migrantinnen und Migranten sind entwickelt.
2. Zwischen schulischen und nicht schulischen Bildungseinrichtungen sind Kooperationsmodelle zu entwickeln, die sich besonders darauf richten, zugewanderte Familien, vor allem die Mütter, in die Bildungsprozesse ihrer Kinder stärker einzubeziehen.
3. Der Kindergartenbesuch ist bei den Gruppen von Migrantenkindern zu fördern, die bislang seltener oder kürzer als andere den Kindergarten besuchen.
4. Es existieren in allen Einrichtungen systematische Konzepte zur Schulvorbereitung.
5. Kinder und Jugendliche aus Migrantenfamilien sind stärker als bislang in Regelklassen eingegliedert (d. h. Rückgang des Migrantenanteils in den Sonderschulklassen).
6. Grundschulen mit einem weit überdurchschnittlichen Anteil an Migrantenkindern werden in Bezug auf ihre pädagogische Qualität und Integrationsleistung besonders unterstützt.

7. Seiten- und Späteinsteiger (Pendelmigration) werden als spezielle Zielgruppe gefördert.
8. Migrantenkinder werden gefördert mit dem Ziel der Verbesserung des Schulerfolgs an höheren Schulen.
9. Migrantenkinder mit guten Leistungen werden zum Übergang ins Gymnasium und vergleichbare Bildungswege gefördert.
10. Die Ausbildungsbereitschaft und die Erweiterung des Berufsspektrums von jugendlichen Migranten werden gefördert.
11. Der Einstieg in die Berufsbildung von Migrantinnen und Migranten wird nachhaltig gefördert, wie zum Beispiel durch das Programm Wege zur Berufsbildung.
12. Das Bildungsangebot für erwachsene Migrantinnen und Migranten wird erhöht, deren Inanspruchnahme steigt.

Steuerung und Vernetzung

Steuerungsgruppe Integration

Übergeordnete Fragestellungen zum Themenkomplex Bildung werden in der Steuerungsgruppe Integration abgestimmt.

Fachstelle und Fachbeirat Elternbildung

Die Fachstelle Elternbildung im Amt für Soziale Arbeit koordiniert die Umsetzung des Konzeptes "Zielgruppenorientierte Elternbildung". Ein trägerübergreifender Fachbeirat mit Mitgliedern aus unterschiedlichen Fachrichtungen (Gesundheit, Kindertagesbetreuung, Familienbildung und -beratung, Integrationsbereich, Jugendhilfeplanung und Frauenbeauftragte) begleitet diese Arbeit fachlich und multipliziert die Ergebnisse in die eigenen Fachbereiche hinein.

Projektgruppe Wiesbadener Lotsen im Handlungsfeld Bildung

Zur Steuerung des neuen Großprojektes Wiesbadener Lotsen (WILO) im Handlungsfeld Bildung hat in 2008 eine hierfür gebildete Projektgruppe ihre Arbeit aufgenommen (siehe Kapitel 6).

Projekte und Maßnahmen

Projekt Lesestart und Lies mit mir



Inhalt Lesestartsets

Einerseits wird in vielen Familien immer weniger vorgelesen und andererseits gilt eine gut entwickelte Lesekompetenz nachweislich als elementare Voraussetzung für eine positiv verlaufende Bildungsbiographie. Im Juni 2008 begann deswegen die vom Einwohner- und Integrationsamt gemeinsam mit der Stiftung Lesen organisierte „Lesestart“-Kampagne, bei der alle einjährigen Kinder im Rahmen der U6 - Vorsorgeuntersuchung von ihrem Kinderarzt ein Lesestartset überreicht bekommen. Sie richtet sich an alle Kinder, unabhängig davon, ob sie einen Migrationshintergrund haben oder nicht. Jedes der Lesestartsets enthält ein Vorlesebilderbuch, einen Leseratgeber in drei Sprachen, eine Broschüre mit Kinderbuchempfehlungen und ein Lesetagebuch. Nahezu alle der niedergelassenen Wiesbadener Kinderarztpraxen beteiligen sich an der „Lesestart“-Kampagne.

Aufgrund der beschränkten finanziellen Mittel der Stiftung Lesen, erhält bundesweit nur jedes dritte einjährige Kind ein Lesestartset. In Wiesbaden ist jedoch während der zweijährigen Projektzeit eine flächendeckende Versorgung für die durchschnittlich 2.600 Kinder pro Jahrgang garantiert, da die fehlenden zwei Drittel von der Stadt finanziert werden (ca. 27.000 Euro).

Die Kooperation der Landeshauptstadt Wiesbaden mit der Stiftung Lesen entstand auf besondere Initiative des Wiesbadener Ausländerbeirates. Ergänzend ist für 2009 ein unterstützendes Rahmenprogramm „Lies mit mir“ in Planung.

Neues Lotsenprojekt WiLo - Wiesbadener lotsen Wiesbadener

In Anlehnung an das sehr erfolgreiche Lotsenprojekt "Mit Migranten für Migranten (MiMi)" im Gesundheitsbereich, wurde unter Federführung des Einwohner- und Integrationsamtes ein Lotsenprojekt für den Bereich Bildung gestartet. Mit diesem Projekt wird angestrebt, die Kooperation der Schulen mit den

Eltern mit Migrationshintergrund zu verbessern. Eltern mit geringen Sprachkenntnissen und -kompetenzen werden mit Hilfe von muttersprachigen Lotsen Kenntnisse zum deutschen Schulsystem und dessen Anforderungen vermittelt. Sie erhalten Informationen zu familieneigenen Unterstützungsmöglichkeiten sowie zu familienergänzenden und familienunterstützenden Angeboten zur Sicherung der schulischen Sozialisation und Bildungsförderung.

Projekte und Maßnahmen	Verantwortlich	Projektziel	Zielerreichung 2007	Zielerreichung 2008
Sozialbericht zur Bildungsbeteiligung in Wiesbaden	Amt für Soziale Arbeit	Datengestützte Bestandsaufnahme zur Bildungsbeteiligung einzelner Bevölkerungsgruppen im vorschulischen und schulischen Bereich, darunter insbesondere die Unterschiede zwischen deutschen und ausländischen Kindern sowie zwischen Jungen und Mädchen. Identifizierung von kommunalen Handlungsfeldern zur Verbesserung der Bildungsbeteiligung.	<p>Der relevanten Ausschüsse der STVV nehmen den Sozialbericht sowie einen Bericht zur Umsetzung der ersten aus dem Sozialbericht abgeleiteten Maßnahmen zur Kenntnis.</p> <p>Weitergehende Konsequenzen und Beschlüsse werden bis zur Vorlage des Untersuchungsberichtes der Universität Mainz (geplant 05/08) zurückgestellt.</p> <p>Das Monitoring zur Bildungsbeteiligung ist fortgeschrieben, allerdings wurde die SV von Dez. VII zurückgezogen</p>	<p>Der Ergebnisbericht „Bildungschancen und Lernbedingungen an Wiesbadener Grundschulen am Übergang zur Sekundarstufe I“ der Universität Mainz wurde in einer gemeinsamen Sitzung der Ausschüsse für Schule und Soziales vorgestellt und am 11.12.08 von der StVV beschlossen. Der Bericht belegt eindeutig, dass Kinder aus Unterschichts- und unteren Mittelschichten bei gleichen Schulleistungen eine geringere Chance haben, auf ein Gymnasium zu wechseln. Gleichzeitig wird gezeigt, dass einerseits Schulen mit einem höheren Anteil an Migranten und Kindern aus niedrigen sozialen Schichten ihren Kindern ein intensiveres Förderangebot machen als Schulen mit einer anderen Schülerschaft.</p>

Projekte und Maßnahmen	Verantwortlich	Projektziel	Zielerreichung 2007	Zielerreichung 2008
				Das Monitoring zur Bildungsbeteiligung 2008 wurde vorgelegt und von den Gremien beschlossen.
Handlungsprogramm zur Verbesserung der Bildungschancen und -ergebnisse von Kindern in Kindertagesstätten	Amt für Soziale Arbeit	Verbesserung der Bildungschancen für Kinder in Wiesbadener Kindertagesstätten.	Als vierter stadtweiter Standard zum Übergang KT - GS wurde das Thema "Zusammenarbeit mit Eltern" ausgewählt und eine Arbeitsgruppe hierzu gegründet. (der Standard soll bis Mitte 2008 beschlossen werden).	Der Standard „Zusammenarbeit mit Eltern“ wurde verbindlich trägerübergreifend vereinbart; ebenso wurde der fachliche Standard der Sprachstandsbeobachtung „Zauberbox“ verbindlich in allen Kindertagesstätten eingeführt.
Zielgruppenorientierte Elternbildung - Konzeptentwicklung	Amt für Soziale Arbeit	Verbesserung der Teilhabe bildungsferner Eltern mit und ohne Migrationshintergrund an Maßnahmen der Elternbildung, dadurch Verbesserung der Versorgungs-, Erziehungs- und Förderkompetenz.	Erster Geschäftsbericht der Fachstelle wurde Ende 2007 vorgelegt. Angebote für Eltern unter 3jähriger Kinder wurden erfolgreich weiter ausgebaut.	Insgesamt konnten ca. 30 Angebote (Gruppen, Kurse, offene Treffs) an 24 Standorten bei vielfältigen Trägern eingerichtet werden.
"Lesestart"-Kampagne	Einwohner- und Integrationsamt	Förderung der Sprach- und Lesekompetenz	-	Flächendeckende Verteilung der Lesestartsets in den Wiesbadener Kinderarztpraxen anlässlich der U6 Untersuchung. Planung eines Rahmenprogramms.
WiLo - Wiesbadener Lotsen	Einwohner- und Integrationsamt	Verbesserung der Kooperation zwischen Eltern und Schulen und verbesserte Übergangsquoten zu den weiterführenden Schulen	-	Projektgruppe mit breiter Beteiligung gegründet, Lotsen ausgewählt, Module konzipiert und Schulungen begonnen.
Förderung von KUBIS e.V. für das Projekt „Grundschulpaten“	KUBIS e. V.	Verbesserung der Bildungsbeteiligung von Grundschulern	40 Teilnehmer/ -innen haben das Projekt von 08/07 bis	Durchschnittlich 25 Kinder und 25 Paten an zwei Stand-

Projekte und Maßnahmen	Verantwortlich	Projektziel	Zielerreichung 2007	Zielerreichung 2008
		mit Migrationshintergrund durch ehrenamtliche, speziell pädagogisch geschulte Grundschulpaten	12/07 besucht.	orten (Wellritzstraße und Klarenthaler Straße) haben am Projekt von 01/08 bis 12/08 zur gegenseitigen Zufriedenheit und verbessertem schulischen Erfolg teilgenommen.
Förderung des Caritasverbandes Wiesbaden-Rheingau-Taunus e. V., Stadtteilbüro BauHof für das Projekt „Eltern und Kinder fit für die Schule“	Caritasverbandes Wiesbaden-Rheingau-Taunus e. V	Stärkung der Erziehungskompetenz der Eltern, insbesondere hinsichtlich der Förderungen der Lernvoraussetzungen beim Kind	Projekt wurde 2008 erstmals durchgeführt	16 Teilnehmer/innen haben das Projekt von 01/08 bis 12/08 besucht.

Ausblick

„Sofortprogramm Bildung und soziale Teilhabe des Sozialdezernats“

Im Rahmen des "Sofortprogramms für Bildung und soziale Teilhabe" des Sozialdezernates wurden im Jahr 2008 verschiedene Maßnahmen in Angriff genommen, die die Bildungsteilhabe insbesondere von armen und bildungsfernen Kindern und Jugendlichen - und damit auch vielen Migranten/-innen - verbessern helfen:

- eine Konzeption der Kinder-Eltern-Zentren - KiEZ wurde gemeinsam mit der Wohlfahrtspflege erarbeitet; sechs KiEZ-Einrichtungen (KBS Sauerland, Xenia Bergkirchenviertel, KT Erbenheim, KT Hans-Böckler-Str. im Schelmengraben sowie im Rahmen der HEGISS-Förderung „Soziale Stadt“ die KT des IB im Georg-Buch-Haus im Westend und die KT Toni-Sender-Haus in Biebrich) werden 2009 ihren Betrieb aufnehmen
- vielfältige Fördermaßnahmen für Schüler/-innen, stadtteilbezogene (Eltern-) Bildungsfonds und Kulturangebote insbesondere in Stadtteilen mit besonderen Bedarfslagen und weitere flexible und bedarfsorientierte Hilfen für Benachteiligte sind 2008 gestartet und können 2009/10 aus den Programmmitteln fortgesetzt werden.

*Neues Lotsenprojekt WILO
Wiesbadener Lotsen*

In 2009 werden die Schulungen abgeschlossen sein und erste Erfahrungen im Einsatz der Wiesbadener Lotsen an ausgewählten Schulen, Kindertagesstätten, Moscheen, Migrantenorganisationen und Moscheen gesammelt werden.

Lies mit mir

In Ergänzung der „Lesestart“-Kampagne wird ein eigenständiges Wiesbadener Rahmenprogramm unter dem Motto „Lies mit mir“ umgesetzt werden. Vorgesehen sind Vorleseangebote in Kinderarztpraxen, in den Kursen der Integrationsabteilung, in Kirchen und Moscheen, in Kindertagesstätten, Stadtteilzentren in den Kursen der Integrationsabteilung und in Schwimmbädern und Spielplätzen.

Elternworkshops („Weg vom Fernseher“ und „Wie lese ich meinem Kind richtig vor“), Informationsabende durch die Wiesbadener Lotsen und Elternabende in den Kindertagesstätten mit den thematischen Schwerpunkten: „Bedeutung des (Vor-)lesens und „Erziehung zur Mehrsprachigkeit runden das Rahmenprogramm zumindest im kommenden Jahr ab.

5.3 Teilhabe am Arbeitsmarkt

Das wollen wir erreichen:

Die Teilhabe von Migrantinnen und Migranten an der Erwerbsarbeit ist quantitativ und qualitativ verbessert. Hier liegt besonderes Augenmerk bei Mädchen und Frauen.

Handlungsziele für die nächsten 5 Jahre:

1. Die Anpassungsfähigkeit von Migranten an den sektoralen und beruflichen Strukturwandel der deutschen Wirtschaft ist insbesondere durch Bildung und Fortbildung zu verbessern.
2. Nachhaltige Existenzgründungen und die Entfaltung der wirtschaftlichen Chancen von Migrantinnen und Migranten sind gefördert.
3. Netzwerke mit Vertretern der Wirtschaft sind aufgebaut.

*Die kommunale Trägerschaft
des SGB II- Grundsicherung für
Arbeitsuchende ermöglicht*

Durch die kommunale Trägerschaft des SGB II kann die „Kommunale Arbeitsvermittlung“ und die „Ausbildungsagentur der Landeshauptstadt Wiesbaden“ auf ein zielgerichtetes und pass-

*erfolgreiche flexible Angebote
für arbeitssuchende Migrantinnen
und Migranten*

genaues Angebot für Arbeitssuchende mit Migrationshintergrund zurückgreifen. Mehr als 5.000 Ausländer/-innen haben 2008 an Beschäftigungs- und Qualifizierungsangeboten teilgenommen; dies entspricht einer Teilnahmequote von 80 % der Arbeitssuchenden ohne deutschen Pass. Insgesamt haben die arbeitssuchenden Ausländer im SGB II die gleichen Chancen eine Qualifizierungsmaßnahme zu erhalten wie die deutschen Arbeitssuchenden. Auch die Integrationschancen in Stellen des 1. Arbeitsmarktes sind befriedigend. Neben der Qualifizierung sind auch Hilfen zur Existenzgründung gerade für Menschen mit Migrationshintergrund ein häufig angestrebtes Integrationsziel, mit EXINA und Berufswege für Frauen sowie den Förderprojekten im Rahmen der „Sozialen Stadt“-Förderung im Westend und in Biebrich kann in diesem Feld erfolgreiche Unterstützung geleistet werden. Speziell auf die Bedürfnisse von Migranten zugeschnitten sind folgende Angebote

- Das Projekt USOS - „umfassende sozioökonomische Stärkung“ von Kubis e.V. fördert die Ausbildungsfähigkeit der Migrantenbetriebe und unterstützt die Ausbildungsplatzsuchenden.
- Das Projekt „Perspektive für Migranten“ - des Bildungswerks der hessischen Wirtschaft bietet eine zertifizierte Förderung der beruflichen Weiterbildung für SGB II-Leistungsberechtigte mit integrierten beruflichen Orientierungsangeboten, einer Grundqualifizierung und betrieblichen Praktika.
- „Kompetenz als Chance“ - die Berufsorientierungskurse für arbeitslose Qualifizierte Migrantinnen - zum Teil ohne deutsche Anerkennungen - durch Berufswege für Frauen e.V. zeigen einen hohen und Erfolg versprechenden Unterstützungsbedarf und nicht zuletzt die starken aber oft in Deutschland zu wenig anerkannten beruflichen Ressourcen und Qualifikationen vieler Migrantinnen und Migranten.

*Das „Kompetenz-Entwicklungs-
Programm“ in den Schulen mit
Schulsozialarbeit trägt nachhal-*

Das Kompetenz-Entwicklungs-Programm (KEP) der Schulsozialarbeit hat 2007 begonnen und bietet für alle Schülerinnen und Schüler, die an den 9 Schulen mit Schulsozialarbeit den Haupt-

tig zur Verbesserung der schulischen Abschlüsse und erfolgreicher Übergänge in weiterführende Schulen bei

schulabschluss anstreben, ein umfangreiches Orientierungs- und Qualifizierungsprogramm. Insbesondere die Einbindung der Eltern in die Kompetenz-Entwicklung ihrer Kinder ist ein Erfolgsfaktor dieses Programms. Seit dem Programmbeginn sank die Zahl der Schüler ohne einen Abschluss von 17 % (2006) auf 19 % (2008) und die Quote der Abgänger mit höherwertigen Abschlüssen (Qualifizierender Hauptschul- oder Realschulabschluss) stieg von 49 % (2006) auf 63 % (2008). Junge Menschen mit Migrationshintergrund partizipieren besonders von dieser Entwicklung, sie stellen 62 % der Abgänger (274) der Schulen mit einem KEP der Schulsozialarbeit. Auch die Übergangsquoten in weiterführende Schulen zu einem mittleren Bildungsabschluss oder in eine Berufsausbildung haben sich seit Einführung des KEP sehr erfreulich entwickelt. Die Quote erfolgreicher Übergänge ist für junge Männer mit nicht deutscher Nationalität von 34 % (2006) auf 62 % (2008) und für junge ausländische Frauen von 42 % (2006) auf 60 % angewachsen. Damit haben die ausländischen KEP-Absolventen ihre deutschen Mitschüler überflügelt. Allerdings sind insbesondere die deutschen jungen Männer immer noch erfolgreicher bei der Einmündung in eine berufliche Ausbildung, während die Ausländer eher einen weiterführenden Schulbesuch nutzen.

Sozialversicherungspflichtige Erwerbsarbeit der Ausländerinnen ist nach wie vor stark unterdurchschnittlich

Trotz dieser vielfältigen und erfolgreichen Maßnahmen zeigt u. a. das Integrationsmonitoring die nach wie vor bestehenden Herausforderungen für eine gleichberechtigte Teilhabechance der Menschen mit Migrationshintergrund bzw. mit nicht-deutschem Pass auf dem Arbeitsmarkt. Die Arbeitslosenquote der Ausländer beträgt fast 17 %, die der Deutschen 7,7 %. Insgesamt beträgt in 2008 die Quote der sozialversicherungspflichtigen Erwerbsbeteiligung der Ausländerinnen nur 30 % (deutsche Frauen 54,5 %) und der Ausländer 41,4 % (deutsche Männer 59 %). 27 % der nicht-deutschen sozialversicherungspflichtigen Erwerbstätigen haben keinen anerkannten Berufsabschluss (Deutsche 13 %).

Ausblick

Die stärkere Berücksichtigung der guten - aber teilweise in Deutschland nicht anerkannten - Qualifikationen und Qualifizierungspotenziale der Migrantinnen und Migranten muss ebenso in den nächsten Jahren verstärkt unterstützt werden wie grundlegende berufliche Qualifizierung auch der nicht mehr jungen Arbeitsuchenden wie allgemein die Aufnahme einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung. Insbesondere die recht geringe sozialversicherungspflichtige Erwerbsbeteiligung der ausländischen Frauen lässt eine starke Orientierung der Familien am „klassischen Rollenbild des männlichen Ernährers“ vermuten. Diese ist gerade angesichts der hohen Mietkosten in Wiesbaden wenig zukunftsfähig, brauchen doch Familien mit zwei Kinder ca. 1,4 bis 1,5 durchschnittliche Monatslöhne von einfachen Angestellten oder (Fach-)Arbeitern, um sich oberhalb der Existenzsicherungsschwelle selbständig finanzieren zu können.

5.4 Wohnen und Zusammenleben im Stadtteil

Das wollen wir erreichen:

Die Wohnsituation der auf dem Wohnungsmarkt benachteiligten Haushalte, vor allem der Familienhaushalte mit Migrationshintergrund, ist weiter verbessert und den Wiesbadener Normalbedingungen angenähert worden. Das gilt vorrangig für die angemessene Wohnungsgröße.

Ethnisch geschlossene Quartiere haben sich nicht herausgebildet, die sozialräumliche Entmischung hat nicht zugenommen, die Aufnahmegesellschaft hat sich weiter geöffnet für das interkulturelle Zusammenleben in den Nachbarschaften, in den Stadtteilen und in der Nutzung lokaler Infrastrukturen.

Handlungsziele für die nächsten 5 Jahre:

1. Für die oben genannten Zielgruppen geeignete Wohnraumangebote sind durch Bestandspflege und Neubau erhalten und erweitert worden.
2. Zugangschancen und Belegungsrechte zugunsten der oben genannten Haushalte sind erhalten und erweitert worden, ohne deren räumliche Konzentration im Stadtgebiet zu erhöhen.
3. Die sozial gebundenen bzw. bewirtschafteten Wohnungen werden bedarfsgerecht und nach Maßgabe funktionierender Nachbarschaften belegt. Die im Zuge der Konsolidierung entwickelten und in Verbindung mit den Wohnungsunternehmen flexibel gestalteten Vergabeverfahren folgen diesen Grundsätzen.
4. Die Bildung von Wohneigentum durch Haushalte mit Migrationshintergrund wird gefördert und nimmt zu.
5. Die Chancen der Migrantinnen und Migranten zur Teilhabe am Leben in den örtlichen Gemeinschaften und zur Pflege ihrer kulturellen Identität in eigenen Gruppen sind in der Stadt und vor allem in den Stadtteilen gewachsen. Die Aktivitäten von Migranten/-innen in Vereinen werden gefördert, soweit sie der gesellschaftlichen Integration nicht abträglich sind. Die Migranten/-innen-Communities sind in die Stadtteilarbeit einbezogen.
6. Ein Netz stadtteilorientierter Angebote und eine dazugehörige soziale Infrastruktur sichert und verstärkt die sozialen Teilhabe-Chancen der Migranten/-innen; dieses in Wiesbaden besonders tragfähige Netz wird im Verbund verschiedener Träger und Initiativen auch unter Konsolidierungsdruck weiterentwickelt.

An den recht angespannten Verhältnissen des Mietwohnungsmarktes in Wiesbaden hat sich seit 2006 wenig geändert.

Ein - rein rechnerisches - Defizit liegt bei rund 4.000 Wohnungen, die angesichts der in Wiesbaden ansässigen Haushalte zu einem ausgeglichenen Wohnungsmarkt fehlen.

Entsprechend hoch ist das Preisniveau, zu dem Mietwohnraum in der Tagespresse angeboten wird: pro qm werden 8,00 € pro qm/Kaltmiete im Durchschnitt aller Wohnlagen und Baualterklassen nur unwesentlich unterschritten. Angesichts der allgemeinen Bautätigkeit, die in Wiesbaden recht gering ist, dürfte sich an diesen Verhältnissen im Laufe der nächsten Jahre nur relativ wenig ändern.

Auch in 2007 hat sich weder der Segregationsindex verändert, noch haben sich Verschiebungen hinsichtlich der von Migranten bevorzugt bewohnten Stadtteile ergeben: In den dicht bebauten innerstädtischen Wohnlagen wie Mitte (mit Bergkirchenviertel) und Westend/Bleichstraße, aber auch Rheingauviertel, Biebrich und Dotzheim liegt der Migrantenanteil deutlich über dem gesamtstädtischen Durchschnitt. Gleiches gilt für die Großsiedlungen des früheren Sozialen Wohnungsbaus wie z. B. Klarenthal oder auch in AKK insbesondere Kastel und Amöneburg.

Die Erfahrungen, die mit dem "ganzheitlichen" Ansatz der quartiersbezogenen Stadterneuerungs-Projekte in Programmen der Quartiere der "Soziale Stadt" gemacht wurden, sind zukunftsweisend in der Unterstützung des nachbarschaftlichen Zusammenlebens. Neben den Projekten zur baulichen und städtebaulichen Aufwertung dieser Stadtteile - in Wiesbaden das "Innere Westend" und "Biebrich SüdOst" - leisten Stadtteilbüros bzw. Quartiersmanagement-Teams Beiträge zur Unterstützung des nachbarschaftlichen Zusammenlebens. Sie sind die erforderlichen Infrastrukturen, die Projekte unterschiedlichster Träger vor allem zur Förderung der Bildungs- und der Erwerbsbeteiligung, zur Existenzgründungs- und Beschäftigungsförderung und zur Integration und Vernetzung in Stadtteilen entwickeln. Hier sei insbesondere auf die breite Palette der aus dem sog. "LOS-Programm" geförderten Projekte hingewiesen: alleine im "Inneren Westend" wurden über 50 Projekte seit 2003 realisiert. Aber auch außerhalb von Stadtteilen der "Sozialen Stadt" gibt es vergleichbare Ansätze - hierzu sei insbesondere auf das Stadtteilbüro Klarenthal hingewiesen.

Diese Infrastrukturen sind eine wichtige Grundlage, die kulturellen, soziokulturellen, ökonomischen sowie die Ressourcen für ehrenamtliches Engagement in den Stadtteilen zu fördern.

Projekte und Maßnahmen

Projekte und Maßnahmen	Verantwortlich	Projektziel	Zielerreichung 2007	Zielerreichung 2008
Programm Soziale Stadt "Inneres Westend"	Wohnungsamt	Zukunftsfähigkeit der Quartiere für Wohnen und Gewerbe nachhaltig sichern.	<p>Ausführung Wellritzhof-Projekt mit Elementen Seniorenwohnungen, Kinderzentrum, und Freifläche begonnen. Die neue Gymnastikhalle des Turnvereins "Eintracht" ist fertig gestellt.</p> <p>Erste Bauabschnitte der Umgestaltung des Blücherschulhofs sind realisiert.</p> <p>Faulbrunnenplatz ist saniert.</p> <p>Seit 2003 über 50 LOS-Projekte realisiert.</p>	<p>Es wurden 11 LOS Projekte durchgeführt, 6 davon mit Zielsetzung der Steigerung der Bildungsbeteiligung von Migrantinnen und Migranten. An allen Projekten haben Menschen unterschiedlicher kultureller Herkunft teilgenommen.</p> <p>Projekt USoS zur Schaffung / Vermittlung von Ausbildungsplätzen in der Migrantenökonomie wurde begonnen. Ein weiterer Bauabschnitt in der Gestaltung des Blücher-Schulhofes - das Klettergerüst - wurde fertig gestellt.</p> <p>Die Wiesbadener Schule für Schauspiel hat die für sie ausgebauten Räume im Dachgeschoss des Georg-Buch-Hauses bezogen.</p> <p>Das Wohn- und Geschäftshaus der Nass. Heimstätte am Platz der dt. Einheit insbesondere mit 48 barrierefreien Wohnungen und Räumen für das Polizeirevier - wurde fertig gestellt und die ersten Wohnungen</p>

Projekte und Maßnahmen	Verantwortlich	Projektziel	Zielerreichung 2007	Zielerreichung 2008
				bezogen.
Programm Soziale Stadt "Biebrich Südost"	Wohnungsamt	Zukunftsfähigkeit der Quartiere für Wohnen und Gewerbe nachhaltig sichern.	<p>Quartierzentrum BauHof, mit seinen vielfältigen Beratungs-, Kultur-, Bildungsangeboten hat sich als Treffpunkt für Kinder und Familien deutscher und nichtdeutscher Herkunft etabliert.</p> <p>Professionalisierung und Verstetigung der BauHof Lokalküche ist über HEGISS Innovation 2007 in neuer Partnerschaft mit der Wohnungswirtschaft gesichert.</p> <p>Eine neue Initiative des BauHof im Bereich Elternbildung ist kooperativ mit der Steinschule, finanziert über die soziale Stadt, aufgesetzt.</p> <p>Freifläche im BauHof und das offene freizeitpädagogische Programm der Caritas (Kletterturm, Kunstwerkstatt, Esswerkstatt, Bewegungsspiele, Sportangebote) ziehen Kinder aus dem Stadtteil an.</p> <p>Ehrenamtliche Konfliktshelfer/-innen stehen im BauHof für die Klärung von Nachbarschaftskonflikten bereit.</p> <p>Schulhof Goetheschule wurde auf Initiative des Fördervereins und mit vielfältiger Unterstützung aus dem</p>	<p>Modellprojekt ehrenamtliche Integrationslotsinnen wurde begonnen.</p> <p>12 LOS Projekte wurden durchgeführt, 6 davon mit Zielsetzung der Steigerung der Bildungsbeteiligung von Migrantinnen und Migranten. An allen Projekten haben Menschen unterschiedlicher kultureller Herkunft teilgenommen.</p> <p>Projekt USoS II zur Schaffung / Vermittlung von Ausbildungsplätzen in der Migrantenökonomie wurde begonnen.</p> <p>Im und mit Beteiligung des Quartierzentrums BauHof wurden vielfältige Projekte und Veranstaltungen in den Bereichen Bildung, Elternbildung, Integration, Kultur für und mit Menschen unterschiedlicher Herkunft erfolgreich durchgeführt. Die in 2007 begonnenen Projekte werden weiter verstetigt.</p> <p>Das multimediale Theaterstück „Zeit zu bleiben“ - über die Geschichte der Migration in Biebrich - wurde aufgeführt. Dieses Projekt erhielt den Integrationspreis der Stadt Wiesbaden.</p>

Projekte und Maßnahmen	Verantwortlich	Projektziel	Zielerreichung 2007	Zielerreichung 2008
			<p>Stadtteil erneuert.</p> <p>SEG Wohnungsneubau mit 50 WE und grünem Innenhof, Pfälzer Str., wurde im Mai 2007 bezogen.</p> <p>Rahmenplanung Neugestaltung Industriegrenze geht Ende 2007 in die Offenlage.</p> <p>Vielfältige Erneuerungsprojekte der Wohnungswirtschaft GWW/GeWeGe im und außerhalb des Fördergebiets Soziale Stadt (Breslauer Str./Teplitzstraße, Riehlstraße...)</p> <p>Neue Initiative zur Stärkung des lokalen Gewerbes + Handels über Hegiss Innovation 2007. Die Einrichtung einer Koordinierungsstelle Ökonomie mit Unterstützung der Wirtschaftsförderung, IHK, Ortsbeirat, EXINA, Handwerkskammer, BIG steht unmittelbar an.</p>	<p>Die bauliche Erneuerung Breslauer Str. / Teplitzstraße und Heppenheimer Straße (Wohnraum und Spielplatz) wurde mit Bewohnerbeteiligung abgeschlossen.</p>
Förderung des Caritasverbandes Wiesbaden-Rheingau-Taunus e. V. für das Projekt „Maßnahmen im Stadtteil Wiesbaden-Erbenheim“	Caritasverbandes Wiesbaden-Rheingau-Taunus e. V.	Stärkung der Handlungskompetenzen im Alltag der Menschen mit Migrationshintergrund	Projekt wurde 2008 erstmals gefördert	Durchführung von frauenspezifischen Angeboten sowie Veranstaltungen zu den Themen Erziehung und Gesundheit und Förderung von Kindern.
Förderung des Christlich-muslimischen Dialogkreis AKK für das Projekt „Der Kuppelbau als interreligiöser Dialograum“	Christlich-muslimischen Dialogkreis AKK	Stärkung und Vortreiben des interreligiösen Dialogs durch ein Kunstprojekt.	Projekt wurde 2008 erstmals durchgeführt	Das Kunstprojekt wurde 2008 abgeschlossen und u. a. beim Fastenbrechen auf dem Mauritiusplatz ausgestellt.
Förderung des Arbeitskreises	Arbeitskreises	Durchführung eines	Das Projekt wurde am	Das Projekt wurde am

Projekte und Maßnahmen	Verantwortlich	Projektziel	Zielerreichung 2007	Zielerreichung 2008
ses Islamischer Gemeinden Wiesbaden für das Fastenbrechen auf dem Mauritiusplatz	Islamischer Gemeinden Wiesbaden	religiösen Festes für alle Wiesbadener Einwohner	15.09.2007 mit großer Resonanz durchgeführt.	06.09.2008 mit großer Resonanz durchgeführt.
Förderung des Caritasverbandes Wiesbaden-Rheingau-Taunus e. V., Stadtteilbüro BauHof für das Projekt „Veranstaltungswoche Bunt Leben“	Caritasverbandes Wiesbaden-Rheingau-Taunus e. V	Durchführen verschiedener Veranstaltungen zu den Themen Demokratie und Toleranz	Projekt wurde 2008 erstmals gefördert	Die Veranstaltungswoche wurde vom 26.05. bis 31.05.2008 durchgeführt.
Förderung des Caritasverbandes Wiesbaden-Rheingau-Taunus e. V., Stadtteilbüro BauHof für das Projekt „Verstetigung Lokalküche BauHof“	Caritasverbandes Wiesbaden-Rheingau-Taunus e. V	Weiterentwicklung und Professionalisierung der bestehenden Lokalküche BauHof	Projekt wurde 2008 erstmals mitgefördert	Die Organisation und Strukturen der Lokalküche wurden weiterentwickelt und professionalisiert.
Förderung des Caritasverbandes Wiesbaden-Rheingau-Taunus e. V. für das Projekt „Gemeinsam leben in Biebrich - Partnerschaften im Stadtteil“	Caritasverbandes Wiesbaden-Rheingau-Taunus e. V	Stärkung der Selbsthilfepotenziale von Migrantinnen und Verbesserung der interkulturellen Öffnung von Einrichtungen und Institutionen im Stadtteil	75 Teilnehmerinnen haben an dem Projekt von 01/07 bis 12/07 teilgenommen.	80 Teilnehmerinnen haben an dem Projekt von 01/08 bis 12/08 teilgenommen.

5.5 Gesundheitsversorgung, Pflege und Beratung

Das wollen wir erreichen:

Der Zugang zu gesundheitlichen Vorsorgemaßnahmen, Pflege und effektiveren Behandlungsformen mit besseren Verständigungsmöglichkeiten ist zu verbessern.

Handlungsziele für die nächsten 5 Jahre:

1. Datengrundlagen für diesen Kompetenzbereich sind entwickelt. Akteursnetzwerke sind aufgebaut.
2. Bei der Bearbeitung des Themenfeldes Gesundheitsvorsorge, Pflege und soziale Beratung finden die Bedarfe älterer Migrantinnen und Migranten besondere Berücksichtigung.

Steuerung und Vernetzung

Festlegung des Handlungsprogramms Gesundheit durch den Steuerungskreis Gesundheit

Wie in den Vorjahren erfolgte die Festlegung des Handlungsprogramms Gesundheit und die Durchführung von Projekten und einzelnen Veranstaltungen in enger Abstimmung und Beratung mit dem Steuerungskreis Gesundheit zu den folgenden

Bereichen:

- Information und Prävention,
- interkulturelle Kompetenz bei Fachpersonal und
- älteren Migrantinnen und Migranten.

Information und Prävention

Gesundheitslotsen

In 2008 führten die Wiesbadener Lotsen insgesamt 30 Veranstaltungen zu Gesundheitsthemen durch und erreichten dabei 255 Teilnehmer und Teilnehmerinnen. 55 % der Veranstaltungen fanden in türkischer Sprache, ca. 18 % in Arabisch / Berberisch statt. 16 der 30 Veranstaltungen waren Veranstaltungen im klassischen Sinne, d.h. zu einem bestimmten Thema treffen sich die Teilnehmer mit den Lotsen in Räumen von Stadtteileinrichtungen, Moscheen oder Privatwohnungen. Bei den Wiesbadener Lotsen (WiLo) neu hinzugekommen sind in Erweiterung der im Projekt „MiMi - Migranten für Migranten“ geschulten Inhalte die Veranstaltungen unter dem Titel „Denk an Dich! - eine Wiesbadener Kampagne zur Selbstuntersuchung der Brust“.

Ziel dieser vom Gesundheitsamt in Kooperation mit dem BKK Landesverband Hessen angebotenen Seminare ist die Sensibilisierung von Frauen zur regelmäßigen Selbstuntersuchung ihrer Brüste, um kleine Veränderungen frühzeitig zu erkennen. Auch sollen sie sich ein Anrecht auf regelmäßig wiederkehrende Zeit für sich selbst und ihre Gesundheit zugestehen. Diese Seminare zum Üben und Fühlen sind für Frauen jeden Alters gedacht. Der Kurs wird von einer Frauenärztin in Deutsch gehalten, eine Lotsin übersetzt in die Muttersprache der Teilnehmerinnen. Es stehen Brust-Modelle zur Verfügung, an denen geübt wird, wie eine Brust zu untersuchen ist und wie sich ein Knoten anfühlt. In keinem Augenblick werden die Frauen aufgefordert, sich zu entblößen oder sich vor anderen abzutasten. Das Projekt des Gesundheitsamtes wird nur insofern abgeändert, als für eine Übersetzung ins Deutsche gesorgt wird, die Migrantinnen direkt durch die Lotsinnen auf die Veranstaltungen angesprochen werden und diese in Moscheen, Privathäusern oder Vereinen stattfinden.

In 2008 wurden 148 Teilnehmerinnen erreicht. Die Frauenärztinnen erwähnten immer wieder die große Offenheit in Frauengruppen, deren Erleichterung groß ist. Viele Frauen zeigten Dankbarkeit und baten um weitere Informationen zu Themen wie Wechseljahre, Verhütung, Aufklärung, Schwangerschaft usw.

Annähernd die Hälfte der anderen Einsätze erfolgte im Rahmen des Hessischen Gesundheitstags. Aufgrund des Erfolgs des Diabetestages in türkischer Sprache ein Jahr zuvor sollte die Frage beantwortet werden, ob durch das Angebot von muttersprachlichen Führungen die Besucherzahl mit Migrationshintergrund erhöht werden könnte. Von Vereinen wurden leider noch keine Führungen für ihre Mitglieder gebucht. Die Mundpropaganda der Lotsinnen war erfolgreicher. Für die Aussteller war es ein Erlebnis, Ansprechpartner einer Gruppe von Kopftuch tragenden Frauen mit Übersetzerin zu sein. Die Begeisterung der Teilnehmerinnen, die das reichhaltige und kostenlose Angebot bestaunten und sofort Nachbarinnen informieren wollten sowie der Bericht der türkischsprachigen Zeitung Sali lassen darauf schließen, dass eine Wiederholung dieses Angebots mehr Migrantinnen und Migranten dazu führen wird, den Gesundheitsmarkt und andere Regelangebote Wiesbadens wahrzunehmen. Für die Lotsen selbst war dieser Einsatz ebenfalls bereichernd: sie konnten sich die Angebote im Vorfeld anschauen und austesten, denn sie erhielten vor Eröffnung des Marktes eine Führung durch das Gesundheitsamt.

*Projekt Start - Sport überwindet
kulturelle Hürden*

Das im Auftrag des Landessportbundes Hessen und finanziell durch das Gesundheitsamt geförderte Projekt „Start“ begann im Juni 2007 an der Anton-Grüner-Schule unter dem Motto „Familien bewegen“ mit dem Ziel, Familien - besonders diejenigen mit adipösen Kindern - zu mehr körperlicher Bewegung anzuregen. Nach anfänglichen Schwierigkeiten ist es über die Kooperation mit dem WIF (Wiesbadener Internationales Frauen- und Mädchen-Begegnungs- und Beratungszentrum) und Xenia - interkulturelle Projekte e.V. sowie der Eintracht Wies-

baden gelungen, neben den Kindern deren Mütter und weitere Frauen für die zahlreichen Bewegungs- und Sportangebote zu erreichen. Außerdem wird längerfristig die Integration der Teilnehmerinnen in bestehende Strukturen der Wiesbadener Turn- und Sportvereine ebenso wie die Qualifizierung von Migranten und Migrantinnen zu Übungsleitern angestrebt.

Familienolympiade

„Integration durch Sport“ lautete das Motto der Familienolympiade aller Kindertagesstätten der Arbeiterwohlfahrt im August 2008. Annähernd 500 Teilnehmer aus 50 Nationen nahmen daran teil und konnten sich am Rande über das umfangreiche Sportangebot der Wiesbadener Vereine informieren.

Ältere Migrantinnen und Migranten

Studie zur Lebenssituation älterer Migranten

In Wiesbaden lebten Ende 2007 insgesamt 11.461 Migrantinnen und Migranten, die das sechzigste Lebensjahr erreicht und überschritten haben. Ihr Anteil an der Wiesbadener Altenbevölkerung ist mit 17 Prozent relativ gering, doch ist zukünftig mit einem deutlichen Zuwachs dieser Personengruppe zu rechnen. Während sich die Zahl der deutschen Seniorinnen und Senioren in den nächsten Jahren kaum verändert, wird ein überproportionaler Anstieg bei den älteren Zuwanderern prognostiziert.

Die sich abzeichnenden demographischen Entwicklungen hat das Amt für strategische Steuerung, Stadtforschung und Statistik zum Anlass genommen, die Lebenslagen der älteren Migranten näher zu beleuchten, um damit Informationen für zukünftige Anforderungen an die Kommune im Bereich der Altenhilfe zu gewinnen. Die Diskussion der Studie im Steueringkreis Gesundheit Ende 2008 führte zu einem 12 Punkte Programm, deren Aufnahme in das Jahresprogramm 2009 im Zusammenhang mit der Diskussion um ein weiteres, stadtteilbezogenes Forschungsprojekt der FH Wiesbaden und der FH Fulda zurückgestellt wurden.

Forschungsprojekt „Quartierbezogene Stützung und Initiierung

Gemeinsam mit dem Caritasverband Wiesbaden (Bauhof Biebrich), dem Verein Kubis e.V. (Westend) und dem Amt für

von Netzwerken der Selbstorganisation und Selbsthilfe älterer Migranten“

strategische Steuerung, Stadtforschung und Statistik sowie dem Amt für Soziale Arbeit unterstützt das Einwohner- und Integrationsamt das Forschungsprojekt „Quartierbezogene Stützung und Initiierung von Netzwerken der Selbstorganisation und Selbsthilfe älterer Migranten“ der Fachhochschule Wiesbaden und Fachhochschule Fulda. Das vom Ministerium für Bildung und Forschung geförderte Projekt verfolgt das Ziel, Bedingungen und Barrieren einer angemessenen Lebensführung älterer Migranten in unterschiedlich strukturierten Quartieren deutscher Städte (Wiesbaden Biebrich und Westend sowie jeweils einem Stadtteil in Fulda und München) zu untersuchen. Die im Rahmen von geplanten repräsentativen Befragungen gewonnenen empirischen Befunde werden voraussichtlich wichtige Anhaltspunkte für die Ausgestaltung des zukünftigen kommunalen Maßnahmenprogramms im Bereich der Altenhilfe und der Integrationsarbeit darstellen.

Qualifizierungsmaßnahme zur Altenpflegehelferin für Migrantinnen

Mit Unterstützung der Integrationsabteilung führte das Fort- und Weiterbildungsinstitut der Arbeiterwohlfahrt in Kooperation mit der Internationalen Familienbildungsstätte der Arbeiterwohlfahrt von März bis Juni 2008 mit 11 Teilnehmerinnen im Alter von 26 bis 54 Jahren einen Pflegekurs für Migrantinnen durch. Bestandteil des Kurses waren neben den pflegebezogenen Themen ein fachbezogener Deutschunterricht und Unterstützungsleistungen im Bewerbungsverfahren. Während allen Unterrichtseinheiten wurde eine Kinderbetreuung sichergestellt. 6 Teilnehmerinnen beendeten den Kurs erfolgreich, 2 Teilnehmerinnen wurden vor Kursende durch die Kommunale Arbeitsvermittlung in feste Arbeitsstellen vermittelt und 3 Teilnehmerinnen konnten aus persönlichen Gründen die Qualifizierungsmaßnahme nicht bis zum Ende durchlaufen.

Interkulturelle Kompetenz bei medizinischem Fachpersonal

„Migrant-friendly-Hospital“

Die im Frühjahr 2008 geplante Fortsetzung des Projekts Interkulturelle Kompetenz bei den Dr.-Horst-Schmidt-Kliniken im Anschluss an die Kick-Off Veranstaltung im November 2007 konnte erst gegen Ende des Jahres stattfinden. Umfangreiche

Umstrukturierungsmaßnahmen und die damit verbundenen Veränderungen und Arbeitsbelastungen ließen keinen früheren Termin zu.

*Interkulturelle Kompetenz bei
der Landesärztekammer*

Die Akademie der Landesärztekammer hat das Thema Interkulturelle Kompetenz in ihr Schulungsprogramm mit entsprechender Bepunktung aufgenommen. Hier ging der wesentliche Impuls von Wiesbaden aus. Nach den ersten Schulungen in 2007 sind diese inzwischen evaluiert und weiterentwickelt worden.

Projekte und Maßnahmen

Projekte und Maßnahmen	Verantwortlich	Projektziel	Zielerreichung 2007	Zielerreichung 2008
Gesundheitsthemen in Sprachkursen	Einwohner- und Integrationsamt	Verbesserung der Kenntnisse über Präventionsthemen im Gesundheitsbereich	Gesundheitsthemen sind in den „Mama lernt Deutsch“ und „Mama spricht Deutsch“-Kursen als Regelangebot aufgenommen.	Fortführung der Gesundheitsthemen in den „Mama spricht Deutsch“-Kursen als Regelangebot. Die „Mama lernt Deutsch“ Kurse sind aufgrund der Novelisierung der Integrationskursverordnung Bestandteil der Integrationskurse geworden.
Gesundheitslotsen	Einwohner- und Integrationsamt (Förderung durch das Land Hessen)	Muttersprachliche und kultursensible Informationsvermittlung	42 Veranstaltungen mit insgesamt 712 Teilnehmern wurden durchgeführt.	30 Veranstaltungen mit insgesamt 255 Teilnehmern wurden durchgeführt. Schulungen zu weiteren Modulen (Frauengesundheit, Diabetes) haben stattgefunden. Muttersprachliche Führungen bei den Hessischen Gesundheitstagen auf dem Schlossplatz mit ca. 50 TN sind durchgeführt.
Familien bewegen	Gesundheitsamt	Familien mit adipösen Kindern zu mehr Bewegung anregen	Erste Erfahrungen mit Müttern und Kindern aus der Anton Gruner Schule liegen vor.	Ausweitung des Angebotes auf weitere Standorte ist erfolgt

Projekte und Maßnahmen	Verantwortlich	Projektziel	Zielerreichung 2007	Zielerreichung 2008
Förderung der AWO Wiesbaden für das Projekt „Familienolympiade - Integration durch Spiel und Bewegung“	Arbeiterwohlfahrt	Durchführung einer Familienolympiade zur Integration durch Sport.	Projekt wurde 2008 erstmals durchgeführt	500 Teilnehmer/-innen haben die Veranstaltung besucht.
„Diabetes“	Einwohner- und Integrationsamt	Information über Entstehung und Auswirkungen von Diabetes vermitteln	Diabetestag in türkischer Sprache mit Fachärzten und Gesundheitsmesse für 150 Besucher ist durchgeführt.	Schulung der Wiesbadener Lotsen rund um das Thema Diabetes hat begonnen.
Diabetiker Selbsthilfegruppe für türkische Migranten	Einwohner- und Integrationsamt	Gründung einer Selbsthilfegruppe	Selbsthilfegruppe trifft sich seit Mai 2007 regelmäßig.	Selbsthilfegruppe trifft sich bis Mitte 2008.
Kochkurs für Diabetiker	Einwohner- und Integrationsamt	Gewonnene Erkenntnisse in Alltagshandeln überführen	Kochkurs hat mit 12 Teilnehmerinnen stattgefunden.	Planung für Kochkurse in mehreren Sprachen hat begonnen.
Studie zur Lebenssituation älterer Migranten	Amt für Wahlen, Statistik und Stadtforschung	Abilden der Lebenssituation älterer Migranten und Diskussion daraus abzuleitender Handlungsempfehlungen	Konzept der Studie ist geklärt, Experten und Expertinnen aus den Reihen der Migranten sind als Interviewpartner vermittelt.	Studie ist im Steuerungskreis Gesundheit vorgestellt und diskutiert. Arbeitsprogramm für 2009 ist beschrieben.
Förderung Pflegekurs für Migranten	Arbeiterwohlfahrt	Qualifikation und Berufsorientierung im Pflegebereich für Migrantinnen	12 Teilnehmerinnen haben den Kurs mit zertifiziertem Abschluss bestanden.	6 Teilnehmerinnen haben den Kurs mit zertifiziertem Abschluss bestanden.
Migrant-friendly-Hospital	Einwohner- und Integrationsamt	Planung und Umsetzung eines "migrantenfreundlichen" Krankenhauses	Kick-Off hat an den Dr.-Horst-Schmidt-Kliniken stattgefunden.	Fortbildungsmaßnahme hat Ende November 2008 stattgefunden.
Interkulturelle Kompetenz im Gesundheitsamt	Einwohner- und Integrationsamt	Vermittlung von interkultureller Kompetenz im Gesundheitsamt	4 Schulungstage mit insgesamt 38 Teilnehmern fanden statt.	-
Interkulturelle Kompetenz im Schulungsprogramm der Landesärztekammer	Einwohner- und Integrationsamt	Vermittlung von interkultureller Kompetenz für Ärzte	Landesärztekammer hat das Thema Interkulturelle Kompetenz in das Schulungsprogramm aufgenommen.	Evaluation hat stattgefunden, Inhalte sind überarbeitet und weiterentwickelt worden.
Forschungsprojekt „Quartierbezogene Stützung und Initiierung von Netzwerken der Selbstorganisation und Selbsthilfe älterer Migranten“	Fachhochschule Wiesbaden, Fachbereich Sozialwesen	Bedingungen und Barrieren einer angemessenen Lebensführung älterer Migranten	-	Antrag auf Förderung durch Ministerium für Bildung und Forschung ist gestellt.

Ausblick

Information und Prävention

Die Angebote der Gesundheitslotsen rund um das Thema **Diabetes** werden in 2009 fortgesetzt. Dabei hat es sich als sinnvoll erwiesen, im Anschluss an muttersprachliche Informationsveranstaltungen Möglichkeiten zur Umsetzung des Erlernten in den Alltag zu bieten. Konkret geplant sind ein Diabetestag in arabischer Sprache und Kurse mit den Schwerpunkten Kochen, Bewegung und Stressabbau für ältere Migrantinnen in arabischer, russischer und türkischer Sprache. Weiterhin sind verstärkte Bemühungen zu einer verbindlichen Kooperation mit den Krankenkassen notwendig, um über diese die Verstetigung der entwickelten Prototypen erreichen zu können.

Das Projekt Denk an Dich wird 2009 fortgeführt werden. Weitere Themen der Frauengesundheit sollen als Tandemangebot Frauenärztin/Lotsin angeboten werden.

Das Projekt **Start - Sport überwindet kulturelle Hürden** des Landessportbundes wird in 2009 in Kooperation mit Turn- und Sportvereinen, Institutionen für Frauen, Schulen und Migrantenorganisationen fortgeführt werden. Die Sportübungsleiterinnenausbildung für Migrantinnen, die durch einen sportspezifischen Sprachkurs ergänzt wird, kann 2009 voraussichtlich durchgeführt werden. Die Teilnehmerinnen erhalten ein Abschlusszertifikat des Deutschen Sportbundes.

Ältere Migrantinnen und Migranten

Das vom Steuerungskreis Gesundheit erarbeitete 12 Punkte Programm als Diskussionsergebnis der **Studie zur Lebenssituation älterer Migrantinnen und Migranten** des Amtes für Strategische Steuerung, Stadtforschung und Statistik wird mit den Ende 2009 erwarteten ersten Ergebnisse des **Forschungsprojektes „Quartierbezogene Stützung und Initiierung von Netzwerken der Selbstorganisation und Selbsthilfe älterer Migranten“** der FH Wiesbaden abgeglichen werden und voraussichtlich in 2010 zu einem Schwerpunktthema werden.

Im Februar 2009 wird ein neuer **Qualifikationskurs für Migrantinnen zur „Altenhilfe Service Assistentin“** starten. Die in 2007 neu integrierten Module einer zertifizierten Abschlussprüfung und eines Bewerbungstrainings, um den Zugang zum Arbeitsmarkt zu erleichtern, werden beibehalten.

*Interkulturelle Kompetenz bei
medizinischem Fachpersonal*

Der weitere Fortgang des Projektes **"Migrant-friendly-hospital"** an den Dr.-Horst-Schmidt-Kliniken in 2009 ist sicherlich abhängig von den klinikinternen Entwicklungen und wird sich erst im Laufe des kommenden Jahres präzisieren lassen.

5.6 Integrationskompetenz der Verwaltung

Das wollen wir erreichen:

Das Leitbild der Integration ist in der Verwaltung akzeptiert und verankert. Die Landeshauptstadt Wiesbaden übernimmt damit Vorbildfunktion.

Handlungsziele für die nächsten 5 Jahre:

1. Die interkulturelle Kompetenz der Beschäftigten ist erhöht.
2. Der Anteil der Beschäftigten mit Migrationshintergrund auch in gehobenen Beschäftigungsverhältnissen ist erhöht.
3. Eine stabile Steuerungsstruktur zur effektiven Umsetzung des Integrationskonzeptes ist geschaffen. Integration ist als Querschnittsaufgabe etabliert.
4. Die Vernetzung von Integrationsleistungen der verschiedenen Akteure ist verbessert.

Steuerung und Vernetzung

Ämter- und dezernatsübergreifende Steuerungsgruppe Integration

Zur effektiven Umsetzung des Integrationskonzeptes arbeitet die bereits bei Erstellung des Integrationskonzeptes bewährte ämter- und dezernatsübergreifende Steuerungsgruppe, in der auch der Ausländerbeirat und die Freien Träger AWO und Caritas fest vertreten sind. Diese begleitet und steuert kontinuierlich den Start der einzelnen Handlungsfelder nach der Systematik des Konzeptes, legt das Controlling fest, stellt die Rückkopplung zentraler Ergebnisse in den politischen Raum sicher (Plenum Integration, Ausschüsse etc.) und bereitet den Integrationsbericht vor.

Steuerungsgruppe "Integrationskompetenz der Verwaltung"

Eine ämterübergreifende Steuerungsgruppe bestehend aus Mitarbeiter/-innen des Personal- und Organisationsamtes, der städtischen Frauenbeauftragten und des Einwohner- und Integrationsamtes wurde bereits 2004 eingerichtet. Die Steuerungsgruppe hat ein konkretes Handlungsprogramm erarbeitet und steuert die Umsetzung der Maßnahmen. Die ämterübergreifende Steuerungsgruppe ist seit 2007 um Mitarbeiter/-innen des Personalsteuerungsdienstes des Personalamtes und einer

Vertreterin des Gesamtpersonalrates erweitert.

Projekte und Maßnahmen

Charta der Vielfalt

Seit September 2008 zählt die Landeshauptstadt Wiesbaden zu den Unterzeichnern der „Charta der Vielfalt“. Diese Charta geht auf eine Initiative der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration zurück und richtet sich an Unternehmen, die sich grundlegend zu Fairness und Wertschätzung ihrer Mitarbeiter bekennen, sowie ein Arbeitsumfeld schaffen wollen, das frei von Vorurteilen und Ausgrenzung ist. Mittlerweile haben mehr als 600 Unternehmen aus ganz Deutschland die „Charta der Vielfalt“ unterzeichnet.

Teilnahme am Wettbewerb „Kulturelle Vielfalt am Arbeitsplatz“

Die Landeshauptstadt Wiesbaden nahm daneben noch am Wettbewerb „Kulturelle Vielfalt am Arbeitsplatz“ teil. Dieser Wettbewerb wurde ebenfalls von der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration ausgelobt und war Teil der Kampagne „Vielfalt als Chance“. Gesucht wurden Unternehmen, Behörden und öffentliche Einrichtungen, die gezielt die unternehmerischen Potenziale von kultureller Vielfalt nutzen. Preisträger waren die Stadt Osnabrück, die Landeshauptstadt München und evangelische interkulturelle Kindertagesstätte Astrid Lindgren in Lübeck.

Projekte und Maßnahmen	Verantwortlich	Projektziel	Zielerreichung 2007	Zielerreichung 2008
Ausbildungsmodul Interkulturelle Kompetenz	Einwohner- und Integrationsamt	Thema Interkulturelle Kompetenz ist als Standard in allen Ausbildungsgängen gesetzt.	43 Auszubildende aus den Ausbildungsgängen IA, FAB, KFB und VFA geschult.	33 Auszubildende aus den Ausbildungsgängen IA, FAB, KFB und VFA geschult.
Fortbildung für alle Mitarbeiter/-innen mit Kundenkontakt im städtischen Angebot	Einwohner- und Integrationsamt	Alle städtischen Mitarbeiter/-innen mit Kundenkontakt sind fortgebildet.	63 Mitarbeiter/-innen (KBS Sauerland, Fortbildung, 53 und AdA-Lehrgang) geschult.	49 Mitarbeiter/-innen (Fortbildung und 51.51) geschult.
Operationalisierung des Begriffs „Interkulturelle Kompetenz“ für städtische Stellenausschreibungen	Personal- und Organisationsamt	„Interkulturelle Kompetenz“ wird als Auswahlkriterium in das Anforderungsprofil bei		Das Auswahlverfahren wurde beim Besetzungsverfahren im Bürgerbüro erfolgreich erprobt,

Projekte und Maßnahmen	Verantwortlich	Projektziel	Zielerreichung 2007	Zielerreichung 2008
		Stellenausschreibungen übernommen.		
Erhöhung des Anteils der Beschäftigten mit Migrationshintergrund, auch in gehobenen Beschäftigungsverhältnissen	Einwohner- und Integrationsamt	Befragung der Mitarbeiter durch Amts- und Abteilungsleiter.	Maßnahmen zur Erhöhung des Anteils der Beschäftigten mit Migrationshintergrund sind entwickelt	Drei Mitarbeiterinnen mit der Qualifikation „Interkulturelle Kompetenz“ wurden gezielt eingestellt.

Ausblick

Seminar „Interkulturelle Kompetenz“

Ab dem Jahr 2009 wird das Trainerteam um eine Mitarbeiterin vom Amt 51 mit türkischem Migrationshintergrund verstärkt. Gleichzeitig wird die Dauer des Seminars von bisher zwei Tagen auf drei Tage ausgedehnt.

Erhöhung des Anteils der Beschäftigten mit Migrationshintergrund auch in gehobenen Beschäftigungsverhältnissen

Um den Anteil der Beschäftigten mit Migrationshintergrund zu erhöhen, soll die Akquise von Auszubildenden durch gezielte Informationen der Zielgruppe verstärkt werden. Hier sind u. a. spezielle Informationsveranstaltungen bei muslimischen Gemeinden oder Migrantenvereinen geplant.

6 Schlüsselprojekte

6.1 Wiesbadener Lotsen

Projekt „MiMi - Migranten für Migranten“ zu Wiesbadener Lotsen ausgebaut



Neue Themen in der Gesundheitsförderung und -prävention

Lotsen im Handlungsfeld Bildung

Projektentstehung

Das 2006 im Gesundheitsbereich gestartete Projekt „MiMi - Mit Migranten für Migranten“ verfolgte den methodischen Ansatz, dass geschulte Migranten/-innen mit guten deutschen Sprachkenntnissen und vielfältigen Kontakten zu ihren Communities und der Aufnahmebevölkerung Mitgliedern ihrer Communities Themen der Gesundheitsförderung und -prävention in ihren jeweiligen Muttersprachen nahe bringen (Stichwort: Gesundheitslotsen). Seit Beginn des Projektes fanden in Wiesbaden 123 Veranstaltungen statt, mit denen ca. 1.550 Personen erreicht wurden. Neben den im Ursprungsprojekt geschulten Inhalten sind in den letzten beiden Jahren mit „Denk an Dich - Kampagne zur Selbstuntersuchung der Brust“ und dem Thema „Diabetes“ weitere Module hinzugekommen, die auf starkes Interesse stoßen. Die inhaltliche und organisatorische Erweiterung in der Gesundheitsförderung und -prävention und die Weiterentwicklung um Themen aus dem Handlungsfeld Bildung spiegelt sich in der neuen Projektbezeichnung „WiLo - Wiesbadener lotsen Wiesbadener“ wider.

Die bisherigen Erfahrungen der Integrationsabteilung des Einwohner- und Integrationsamtes mit den „MiMi“-lotsen und deren Einsätzen werden nun auf Informationsveranstaltungen in verschiedenen Muttersprachen zum deutschen Bildungssystem übertragen und weiterentwickelt.

Anlass hierfür waren die im Integrationsmonitoring über die Jahre hinweg dokumentierten deutlichen Unterschiede in der

Bildungsbeteiligung ausländischer Schüler und Schülerinnen. Die Integration von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund in das deutsche Bildungssystem weist beispielsweise beim Übergang zu den weiterführenden Schulen (Gymnasialquote) und dem erfolgreichen Schulabschluss deutliche Benachteiligungen auf. Angesichts der Tatsache, dass im Schuljahr 2006/2007 insgesamt 43 % der Wiesbadener Grundschulkinder einen Migrationshintergrund hatten, war ein Handlungsbedarf überdeutlich.

Im Zuge der Diskussion um den im Januar 2005 erschienenen Sozialbericht zur Bildungsbeteiligung des Amtes für Soziale Arbeit wurden vertiefende Untersuchungen zu den Bildungschancen und Lernbedingungen an Wiesbadener Grundschulen in Auftrag gegeben. In den Ergebnissen spiegelte sich wider, was in der Diskussion vieler Fachleute bereits als Annahme vorhanden war. Nicht der Migrationshintergrund ist ausschlaggebend für ungünstigere Bildungsempfehlungen und unvorteilhaftere Bildungsübergänge, sondern ausschlaggebend sind offensichtlich in erster Linie das Bildungsniveau der Eltern und an zweiter Stelle die Einkommensausstattung der Haushalte. Sowohl beim Bildungsniveau der Eltern als auch bei der Einkommensausstattung bestehen bei den Haushalten mit Migrationshintergrund deutliche Unterschiede zu den Haushalten der autochthonen Bevölkerung.¹

Vor diesem Hintergrund gilt es, vorhandene Potentiale der Eltern zur Unterstützung und Förderung ihrer Kinder zu aktivieren und Ihnen Möglichkeiten zur Mitarbeit bei der verbesserten Bildungsbeteiligung ihrer Kinder aufzuzeigen.

¹ Schulze A., Unger R., Hradil S. (2008) Bildungschancen und Lernbedingungen an Wiesbadener Grundschulen am Übergang zur Sekundarstufe 1. Projekt - und Ergebnisbericht zur Vollerhebung der Grundschüler und Grundschülerinnen der 4. Klasse im Schuljahr 2006/2007, herausgegeben von :Projektgruppe Sozialbericht zur Bildungsbeteiligung, Amt für Soziale Arbeit, Abteilung Grundsatz und Planung, Landeshauptstadt Wiesbaden

Projektziel Wiesbadener Lotsen im Handlungsfeld Bildung

1. Eltern mit geringen Sprachkenntnissen und -kompetenzen werden mit Hilfe von muttersprachigen Lotsen Kenntnisse zum deutschen Schulsystem und dessen Anforderungen in standardisierter Form vermittelt. Besonders berücksichtigt werden dabei der Übergang von der Kindertagesstätte zur Grundschule, der Übergang zur weiterführenden Schule und mögliche Übergänge nach Abschluss der Sekundarstufe 1.
2. Sie erhalten Informationen zu familieneigenen Unterstützungsmöglichkeiten insbesondere beim Spracherwerb und der mehrsprachigen Erziehung sowie zu unterschiedlichen Lerntypen und deren jeweils spezifischer Förderung und können diese anwenden.
3. Familienergänzende und familienunterstützende Angebote zur Sicherung der schulischen Sozialisation und Bildungsförderung sind den Eltern bekannt und werden bei Bedarf wahrgenommen.
4. Die Kooperation der Schulen und der Eltern mit Migrationshintergrund ist intensiviert.

Projektorganisation

Zur Durchführung des Projektes nahm im Frühjahr 2008 eine Projektgruppe mit Vertretern aus der Grundschule, der Förderschule und der Sekundarstufe 1 sowie des Amtes für Soziale Arbeit, des Ausländerbeirates, des Schulelternbeirates und weiteren, mit der Beratung von Migranten vertrauten Personen ihre Arbeit auf. In der Projektgruppe wurden der Schulungsbedarf für die Lotsen diskutiert und festgelegt, Kriterien für die Lotsen- und Referentensuche abgestimmt und die Laufzeit des Projektes bis Ende des Schuljahres 2011/12 festgelegt. Parallel fand die Abstimmung mit dem zuständigen Staatlichen Schulamt, vertreten durch Schulamtsdirektorin Frau Niggemann,

statt.

Am 13. Juni begann die Schulungsphase im Rahmen einer Auftaktveranstaltung unter Anwesenheit der Dezernentinnen Frau Zeimetz (Bürgerangelegenheiten und Integration) und Frau Scholz (Schule und Gesundheit) mit dem Eröffnungsvortrag von Frau Prof. Dr. Ingrid Haller, Professorin für Migrationssoziologie und interkulturelle Kommunikation, zum Thema „Lernen im Kindesalter von 0 bis 6 Jahren - Grundlagen der Förderung, anregende Lernumgebung und Unterstützungsinstitutionen“. 28 Lotsen aus 10 Ländern, wovon ein Großteil in seinem Herkunftsland eine dem Gymnasium vergleichbare Schulform besuchte und teilweise auch einen ausländischen Hochschulabschluss besitzt, nahmen daran teil. Die ersten Einsätze an Schulen, in Moscheen, Kindertagesstätten, Vereinen und Stadtteileinrichtungen sollen im Frühjahr 2009 erfolgen.

Übersicht der Schulungsinhalte

Alter	Module
Krippen- und Elementarbereich	Förderung der Entwicklung des Kindes, der Sprachentwicklung und der Mehrsprachigkeit
Elementarbereich	Übergang Kindertagesstätte / Grundschule
Grundschule	Übersicht des Schulsystems besondere Bedeutung und Anforderungen der Grundschule , Freizeitangebote und Mediennutzung
Grundschule	Übergänge nach der Grundschulzeit
Sekundarstufe 1	Haupt- und Realschulen Integrierte Gesamtschulen Gymnasien Abendschulen Berufliche Schulen Duales Ausbildungssystem Übergänge nach der Sekundarstufe 1
Altersübergreifend	das System der Förderschule
	Entwicklung und Lernen, u. a. Methoden der Lernförderung
	Präsentation und Rhetorik - Arbeiten mit Gruppen

Modul „Förderung der Sprachentwicklung und Mehrsprachigkeit“

Foto Sprachbaumübung



Foto: Lotsenschulung

6.2 Integrationsvereinbarung mit islamischen Gemeinden und deren Umsetzung

Hintergrund des Projektes

Die Stadtverordnetenversammlung hat mit Beschluss vom 16.12.2004 den Magistrat gebeten, Vereinbarungen mit allen in Wiesbaden ansässigen religiösen Gemeinschaften abzuschließen, die keine Staatsverträge abgeschlossen haben.

Nach dem fast zweijährigen Verhandlungsprozesses zwischen Stadt und Gemeinden mit der wissenschaftlichen Unterstützung durch Prof. Dr. Germann, Inhaber des Lehrstuhls für öffentliches Recht, Staatskirchenrecht und Kirchenrecht der Martin-

Luther-Universität in Halle-Wittenberg und der begleitenden Beratung der Evangelischen und Katholischen Kirche, der Jüdischen Gemeinde, dem Ausländerbeirat und weiteren Akteuren unter Federführung des damaligen Integrationsdezernenten Peter Grella hat die Stadtverordnetenversammlung die Endfassung am 28.06.2007 beschlossen.

Die Vereinbarung zur Förderung der Integration (Integrationsvereinbarung) wurde am 27.09.2007 zwischen der Landeshauptstadt Wiesbaden und neun islamischen Gemeinden Wiesbadens geschlossen:

Mit diesem Projekt hat die Stadt Wiesbaden bundesweit Neuland betreten.

Zielsetzung des Projektes

Bereits der Verhandlungsprozess der Integrationsvereinbarung war ein wichtiger Teil des Wegs hin zu mehr Transparenz, gegenseitigem Kennen lernen und dem Aufbau tragfähiger Kooperationen.

Die Vereinbarung enthält in der Präambel das Bekenntnis zur Werteordnung nach dem Grundgesetz. In weiteren 11 Paragraphen werden neben Rechten und Pflichten der Religionsgemeinschaften Maßnahmen der Gemeinden und der Stadt zur Förderung der Wertgrundlagen des Grundgesetzes sowie Maßnahmen zur Förderung der Transparenz und der Geschlechtergleichberechtigung festgelegt. Darüber hinaus wurde sich auf teilweise sehr konkrete Maßnahmen zur Förderung der Integration in Wiesbaden verständigt, dazu gehören zum Beispiel die besonders integrationsrelevanten Punkte wie der Erwerb der deutschen Sprache, der Kindergartenbesuch und Bildung.

Maßnahmen zur Umsetzung der Integrationsvereinbarung

Im Folgenden werden die Projekte und Maßnahmen aufgeführt, die im Rahmen der Umsetzung der Integrationsvereinbarung initiiert und durchgeführt wurden.

- **Transparenz:**
Die Gemeinden pflegen einen sehr engen Kontakt zur Integrationsabteilung. Fragen bezüglich Imamen, Räumlichkeiten oder Einladungen von Referenten in den Moscheen finden teilweise in Rückkopplung mit der Integrationsabteilung statt. Probleme mit einzelnen Gemeindemitgliedern oder Besuchern der Gemeinden werden mitgeteilt, bzw. der Rat der Abteilung gesucht.
- **Moscheebauprojekte (§7, 3 Integrationsbemühungen der Stadt):**
Es gibt eine feste Zusage der Gemeinden, die Stadt bei künftigen Bauvorhaben bereits bei den ersten Überlegungen zu beteiligen und gegebenenfalls die Öffentlichkeitsarbeit gemeinsam mit der Stadt zu planen. Dies erfolgt sehr zuverlässig, als Beispiel sei hier das Projekt der Omar-Gemeinde in der Henkellstrasse genannt.
- Seit 2008 arbeitet eine **ämterübergreifende Arbeitsgruppe** mit Vertretern der Ämter 61, 63, 33, 80. Hier geht es um die zentrale Vorbereitung von Moscheebauvorhaben und der städtischen Planung möglicher Standorte. Es liegt bereits ein Konzept für ein Modellprojekt für ein islamisches Begegnungszentrum mit Moschee als Ergebnis dieser Arbeitsgruppe vor.
- **Schulung der Vereinsvorstände (§ 6 Integrationsbemühungen der Gemeinde):**
Um die Führung der Islamischen Gemeinden und in der Regel als Träger fungierenden gemeinnützigen Vereine zu professionalisieren, fand im April 2008 mit Unterstützung des Einwohner- und Integrationsamtes eine 1-tägige Schu-

lung der Vereinsvorstände statt.

- **Sicherheitspartnerschaften Polizei und islamische Gemeinden (§3, 9 und § 6 der I-Vereinbarung):** Im April/Mai 2008 fand ein insgesamt 4-tägiges Seminar mit Vertretern der islamischen Gemeinden und des Ausländerbeirates und Vertretern der Polizei statt. Ziel ist die Förderung der interkulturellen Kompetenz auf beiden Seiten, der Abbau von Vorurteilen und die gemeinsame Entwicklung von vertrauensbildenden Maßnahmen.



- **Handlungsschwerpunkt Bildung:**
Beteiligung der islamischen Gemeinden am Wiesbadener Lotsenprojekt WILO. Start des Projektes Ende 2008, die Schulungen der Lotsen zum Bildungssystem laufen seit Anfang 2009.
- **Interkulturelles Frauennetzwerk (§5 Geschlechtergleichberechtigung):**
Vertreterinnen einiger Gemeinden sind Mitglied im interkulturellen Frauennetzwerk, einem Arbeitszusammenschluss unter gemeinsamer Leitung des gesamtstädtischen Frauenreferats, des Caritasverbandes und der Integrationsabteilung. In diesem Netzwerk werden frauenspezifische integrationsrelevante Fragestellungen bearbeitet. Die letzte Fachtagung Ende 2008 hatte das Thema „Islamischer Feminismus“.

- **Schaffung von zusätzlichen Badezeiten für Frauen (§5 Geschlechtergleichberechtigung):**

Im Hallenbad Kostheim wurde ab März 2009 jeden Samstag nachmittag eine zusätzliche Badezeit für Frauen geschaffen. Diese Badezeit läuft probeweise als Projekt mit Finanzierung der weiblichen Bademeisterin durch 3304. Die Badezeit ist zu gleichen Eintrittsgebühren wie zu anderen Zeiten für alle Frauen geschaffen.

- **Verfassungsschutz - Möglichkeiten der Prävention durch Gemeinden (§3, 8 und 9 der I-Vereinbarung):**

Vortrag und Austausch über die Aufgaben, Befugnisse und Arbeitsweise des Landesamtes für Verfassungsschutz mit allen islamischen Gemeinden in Wiesbaden im Rahmen eines Netzwerktreffens im Oktober 2008. In dieser Sitzung wurden von der stellv. Leiterin des Landesamtes für Verfassungsschutz Dr. Rieband und der Dezernatsleiterin Dr. Emig die Aufgaben und Befugnisse der Behörde vorgestellt.

Schwerpunkt war darüber hinaus der Islamismus und die Möglichkeiten der Prävention. Geplant ist auf Wunsch der Gemeinden mit Unterstützung des Landesamtes für Verfassungsschutz eine Schulungsveranstaltung über die verschiedenen Richtungen des Islams und der Möglichkeit der Früherkennung extremistischer Tendenzen.

- **Schulungen zur Interkulturellen Kompetenz:**

Im Rahmen der städtischen Schulungen zur interkulturellen Kompetenz für Auszubildende und Beschäftigte im Kundenkontakt werden die Gemeinden verstärkt eingebunden. Fester Bestandteil dieser Schulungen sind Besuche in Moscheen mit Führungen und Gesprächen zu den Aktivitäten der Gemeinden etc.

- **Einstellung von Mitarbeiterinnen mit Migrationshintergrund im Bürgerbüro (§§ 5, 7 Geschlechtergleichberechtigung):**

Im November 2008 wurden 3 Mitarbeiterinnen mit Migrationshintergrund aktuell befristet bis 11-2009 im Bürgerbüro,

finanziert über den Integrationsfonds der Stadt Wiesbaden, eingestellt. (Einstellungskriterium war neben der fachlich notwendigen Qualifikation, die interkulturelle Kompetenz. Eine Mitarbeiterin trägt Kopftuch)

- **Projekt MUSE Muslimische Seelsorge (§7, 10 Integrationsbemühungen der Stadt):**

Ab November 2008 wurde das Projekt MUSE durch das Einwohner- und Integrationsamt mit Unterstützung des EU-Integrationsfonds gestartet. In dieses Projekt sind die islamischen Gemeinden von Beginn an eingebunden. Ziel dieses Projektes ist der Aufbau einer institutionalisierten muslimischen Seelsorge, die mit Unterstützung von dafür qualifizierten Laienhelfern durchgeführt wird. Es sollen 15 Laienhelfer für den Einsatz in der muslimischen Seelsorge qualifiziert werden. Einsatzorte werden im ersten Schritt die HSK sowie die Jugendstrafvollzugsanstalt sein

- **Frauenarbeit in den Moscheevereinen (§§ 5, 7 Geschlechtergleichberechtigung):**

In einigen Moscheevereinen entwickelt sich eine sehr aktive Frauenarbeit. In der Gemeinde in Mainz-Kostheim hat sich aus dem aus dem Christlich-Islamischen Dialog der Frauen, der gemeinsam mit der Kath. Kirchengemeinde St. Elisabeth durchgeführt wird, ein nachhaltiger Arbeitszusammenhang entwickelt. Hier werden regelmäßig Veranstaltungen zur Pflege guter Nachbarschaft und der Intensivierung des interkulturellen und interreligiösen Dialogs sowie Informationsveranstaltungen zu frauenspezifischen Themen durchgeführt. Auch in der Tauhidgemeinde arbeitet eine Frauengruppe, die sich mittlerweile an diversen städtischen und anderen Veranstaltungen beteiligt, verschiedene Vorträge zu integrationsrelevanten Themen und ein regelmäßiges Frauenfrühstück durchführt. Hier wird besonderer Wert auf die Vernetzung mit anderen Trägern und Organisation der Stadt gelegt.

7 Wiesbadener Integrationspreis

Verleihung des Wiesbadener Integrationspreises

Am 01.09.2008 verlieh Oberbürgermeister Dr. Helmut Müller im Rahmen der Eröffnungsfeier zur "Interkulturellen Woche" den im Jahr 2007 zum zweiten Mal ausgelobten Integrationspreis der Landeshauptstadt Wiesbaden an das multimediale Kulturprojekt „Zeit zu bleiben“.

Die Preisträger

Dieses Projekt dokumentiert die 50 jährige Geschichte der Migration im Stadtteil Biebrich. 80 Personen mit unterschiedlichem kulturellen Hintergrund haben sich an den Workshops und Veranstaltungen beteiligt und Grundlagen erarbeitet, aus dem eine Struktur für das Theaterprojekt entstanden ist. Diese Struktur wurde ab Januar 2008 weiter entwickelt und geprobt. Es hatte sich ein internationales Team gefunden, das dazu Szenen, Dialoge, Masken Tänze, Musik, Räume und Installationen im Stadtteil entwickelte.

Am 22. Mai 2008 fand die Premiere des Theaterstücks statt. 70 Menschen jeden Alters und vieler Kulturen erzählten aus der Perspektive von Arbeitnehmern und Arbeitgebern, nachgezogenen Familienangehörigen sowie Jugendlichen, die hier geboren sind, von Erlebnissen, Träumen und Enttäuschungen, die wir alle kennen und die das Leben immer wieder lebenswert machen.

Insgesamt wurden 17 Bewerbungen für den Integrationspreis der Landeshauptstadt Wiesbaden eingereicht. Diese haben gezeigt, wie vielfältig, fantasievoll und mit welchem Engagement Integrationsarbeit in dieser Stadt geleistet wird.

Der Integrationspreis ist mit 2.500,00 € dotiert und wird jährlich an Privatpersonen sowie Vereine, Verbände, Institutionen oder Initiativen aus Wiesbaden verliehen, die im Bereich der Integra-

tion von Menschen mit Migrationshintergrund herausragendes Engagement bewiesen haben. Vorschlagsberechtigt sind alle Wiesbadener Einwohner, die das 14. Lebensjahr vollendet haben. Eigenbewerbungen sind möglich. Eine unabhängige zwölfköpfige Jury entscheidet über die Verleihung des Integrationspreises.

8 Interkulturelles Frauennetzwerk

Unter gemeinsamer Geschäftsführung des Kommunalen Frauenreferats, des Caritasverbandes und des Einwohner- und Integrationsamtes wurde in 2007 das interkulturelle Frauennetzwerk gegründet. Diesem Netzwerk gehören ca. 40 Vertreterinnen von Fachberatungsstellen für Mädchen und Frauen sowie Fachfrauen sozialer Einrichtungen und Migrantenselbstorganisationen an.

Ziele

Dieses Netzwerk hat sich zum Ziel gesetzt, sich in Fachtagungen mit ausgewählten Fragestellungen intensiv zu beschäftigen und sich darüber hinaus besser zu vernetzen und auszutauschen.

In 2008 wurden die folgenden beiden großen Fachtagungen durchgeführt zu den Themen: Potentiale von Migrantinnen und Islamischer Feminismus.

Fachtagung Berufliche Potentiale von Frauen mit Migrationshintergrund...

Im April 2008 stand das Thema Berufliche Potentiale von Frauen mit Migrationshintergrund im Zentrum der Fachtagung.

Im Rahmen dieser Tagung wurden drei Projekte vorgestellt, die sich mit unterschiedlichen Ansätzen mit der Thematik der Integration von qualifizierten und teilweise hochqualifizierten Migrantinnen in den Arbeitsmarkt beschäftigt haben. Die Fachtagung hat unter anderem die Entscheidung mit befördert, das Wiesbadener Projekt „Neue Wege in den Beruf - Berufsorientierungskurs für Migrantinnen aus Biebrich von Berufswege für Frauen e.V. auf das Stadtgebiet Wiesbaden hinaus auszudehnen und das Projekt auch über 2008 hinaus weiter auszubauen.

Fachtagung „Islamischer Feminismus“

Mit der Fachtagung im November 2008 zum Thema „Islamischer Feminismus“ wurde ein für viele Teilnehmerinnen eher noch unbekanntes Terrain beschritten. Im Rahmen dieser Tagung wurde zum einen in einer Art historischer Betrachtung und

aktuellen Beispielen des feministischen Islam in Deutschland die Diskussionen unter den muslimischen Frauen dargestellt. Ergänzt wurde dieser Vortrag durch die Vorstellung der Ergebnisse einer Studie über Institutionen muslimischer Frauen in Deutschland und ihrer Positionierung innerhalb der gesamtgesellschaftlichen Frauen- und Islampolitik.



Foto: Frau Prof. Dr. Gritt Klinkhammer

*Vor der Eigeninitiative zum
Integrationsprojekt*

Migrantinnen organisieren sich - Internationales Frauenfrühstück in Erbenheim -

Es hat sich gezeigt, dass bei Frauen mit Migrationshintergrund ein hohes Maß an Potentialen und vor allem an Bereitschaft sich aktiv einzubringen und die Stärkung ihrer Handlungskompetenzen im Alltag selbst in die Hand zu nehmen vorliegt. Die-

se Initiative hat sich mittlerweile zu einem Kooperationsprojekt mit dem Caritasverband Rheingau-Taunus e.V. mit Förderung des Einwohner- und Integrationsamt entwickelt. Im Rahmen dieses Projektes wurden neben frauenspezifischen Angeboten, Veranstaltungen zu den Themen Erziehung und Gesundheit durchgeführt. Nicht zu unterschätzen bei diesem Projekt ist die Multiplikatorinnenfunktion dieser Frauen sowie ihr hohes Engagement für die Verbesserung des Zusammenlebens im Stadtteil durch Teilnahme an der Stadtteilkonferenz, Gespräche mit dem Ortsbeirat, der Kooperation mit den Kirchengemeinden etc.

Impressum

Herausgeber:
Magistrat der Landeshauptstadt Wiesbaden
Amt für Zuwanderung und Integration
Integrationsabteilung
Alcide-de-Gasperi-Straße 2
65197 Wiesbaden